

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen, der zwölften Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein besonderer Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **sechs Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wie immer in das Protokoll aufgenommen.

Wir haben auch heute Glückwünsche zum **Geburtstag** auszusprechen. Die Kollegin **Andrea Ursula Asch** wird heute ein Jahr älter. Sie ist Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herzlichen Glückwunsch, Frau Kollegin Asch!

(Allgemeiner Beifall)

Sie werden im Kreis der Kolleginnen und Kollegen heute eine schönen, aber auch einen langen Plenartag erleben, wie die Tagesordnung deutlich macht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein. Heute Vormittag und heute Nachmittag **setzen** wir die gestern begonnene **Haushaltsberatung** zu den Einzelplänen **fort**.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/300

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 16/1200 bis 16/1207,
16/1209 bis 16/1215 und 16/1220

zweite Lesung

Und:

Finanzplanung 2011 bis 2015 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/301

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/1221

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2012 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 – GFG 2012)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/302

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/1217

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Errichtung eines Fonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Gesetzes zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktfondsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/176

Beschlussempfehlung
des Ausschusses
für Kommunalpolitik
Drucksache 16/1238

zweite Lesung

Zum Ablauf der heutigen Haushaltsplanberatung möchte ich an das erinnern, was wir bereits gestern vorgetragen haben:

Die Reihenfolge der Einzelpläne sowie die vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegen Änderungsanträge vor, wird, bevor wir über den Einzelplan abstimmen, über diese abgestimmt.

Vor der Gesamtabstimmung ist noch die Abstimmung über den Einzelplan 20 nachzuholen.

Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2012 in zweiter Lesung erfolgt heute am späten Nachmittag mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Heute ist auch über die Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes und des GFGs zu entscheiden.

Letztlich – ganz wichtig –: Zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr finden heute verabredungsgemäß keine Abstimmungen statt.

Nach all diesen Vorbemerkungen rufe ich auf:

Einzelplan 02 Ministerpräsidentin

Der Einzelplan 02 umfasst die Teilbereiche „Ministerpräsidentin und Staatskanzlei“, „Landesplanung“, „Europa und Eine Welt“ sowie „Medien“. Ich weise Sie auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/1202 hin.

Ich eröffne die Beratung für den

Teilbereich Ministerpräsidentin und Staatskanzlei

und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Jostmeier das Wort.

Werner Jostmeier (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren auch an den Bildschirmen!

(Heiterkeit – Zuruf von den PIRATEN)

– Ja, gestern sagten Sie: an den Streams zu Hause.

(Beifall von Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

Ich wollte darauf hingewiesen, dass es für „Streams“ auch ein deutsches Wort gibt, man also die Debatte an den Bildschirmen verfolgen kann.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir beraten den Haushalt der Ministerpräsidentin, den Haushalt der Staatskanzlei und damit den Haushalt der Regierungschefin. Ich will in kurzen Worten, losgelöst von dem Zahlenwerk, begründen, weshalb die CDU diesem Haushalt nicht zustimmen wird.

Erstens. Noch nie zuvor wurde von einer Landesregierung das Parlamentsrecht, das Haushaltsrecht und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen so missachtet wie von dieser Regierung. Zunächst einmal haben wir den Nachtragshaushalt 2010, der nicht nur krachend vom Landesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden ist, sondern dessen Vollzug sogar in einem einmaligen Vorgang in Nordrhein-Westfalen, in der Bundesrepublik durch Verfügung verboten worden ist.

In der vergangenen Woche ist der Haushalt 2012 vom Landesverfassungsgericht gerügt worden, weil er zu spät vorgelegt worden ist. Wörtlich heißt es dort: Durch verspätete Vorlage ist das parlamentarische Budgetrecht verletzt worden. Meine Damen und Herren, wenn Sie die Sonn- und Weihnachtstage wegnehmen, dann haben wir nicht einmal mehr 40 Tage, die zum Jahr 2012 gehören. Damit haben

die Beratungen bestenfalls noch historischen Charakter. Die Landesregierung missachtet,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

wie in den vergangenen zwei Jahren zuvor, den nordrhein-westfälischen Landtag, Frau Beer, und den Haushaltsgesetzgeber.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, ich verweise auf die Antrittsrede, die unsere Präsidentin unmittelbar nach ihrer Wahl hier im Hause gehalten hat.

Die Frau Präsidentin hat auf die Bedeutung des Verfassungsorgans Landtag hingewiesen. Sie hat auf die demokratischen Spielregeln bei der Gesetzgebung hingewiesen. Fast wörtlich hat sie gesagt: Erst das Parlament, dann die Regierung. Erst der Landtag, dann die Staatskanzlei.

(Beifall von der CDU und von Stefan Zimkeit [SPD])

Die Landesregierung hat durch Missachtung dieses Budgetrechts, durch Missachtung dieser demokratischen Spielregeln genau das Gegenteil getan. Unter anderem deshalb stimmen wir diesem Haushalt nicht zu.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Jostmeier, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche, aber der Kollege Herter würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Werner Jostmeier (CDU): Herr Herter, ich möchte gerne eben diesen Punkt noch zu Ende bringen. Dann will ich das gerne tun.

Ein weiterer Punkt ist die WestLB. Meine Damen und Herren, seit November vergangenen Jahres wusste jedermann, dass die eine Milliarde für die Abwicklung der WestLB in den Haushalt gehört. Zur Haushaltswahrheit und zur Haushaltsklarheit hätte es gehört, diese eine Milliarde zusätzlicher Kosten für das Land Nordrhein-Westfalen in den Haushalt einzustellen.

Aus politisch-taktischem Kalkül hat die Landesregierung das nicht getan. Dann kam die vorgezogene Neuwahl, nicht zuletzt, weil wir gegen den Haushalt gestimmt haben. Die Regierung war kaum im Amt, da musste der Hauptausschuss provisorisch gebildet werden. Es musste eine Sondersitzung des Hauptausschusses stattfinden. Es musste eine Sondersitzung des Parlamentes stattfinden, weil nämlich genau diese eine Milliarde nachträglich in den Haushalt hineingebracht werden musste.

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur eine Missachtung des Parlamentes, das ist nicht nur eine Missachtung demokratischer Spielregeln, das ist eine Missachtung der Wählerinnen und Wähler des

Landes Nordrhein-Westfalen. Und das grenzt an Wahlbetrug.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD:
Oh!)

Noch einen zweiten Punkt:

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

– Herr Herter, kein Problem.

Mit diesem Haushalt verstößt die Landesregierung gegen die Interessen Nordrhein-Westfalens und insbesondere gegen die Interessen der jungen Generation.

Wir haben ein Steueraufkommen wie selten zuvor im Land Nordrhein-Westfalen. Dennoch sind in diesem Haushalt 4,6 Milliarden € neue Schulden vorgesehen. Alle anderen Bundesländer, Frau Ministerpräsidentin, machen das Gegenteil: Bayern hat einen ausgeglichenen Haushalt, Baden-Württemberg hat unter Rot-Grün fast einen ausgeglichenen Haushalt, genauso Sachsen, Thüringen, selbst Mecklenburg-Vorpommern.

Am Wochenende haben wir gehört, dass der Bund wahrscheinlich schon im Jahre 2014 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen wird.

(Zurufe und Lachen von der SPD)

Nur Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege, macht genau das Gegenteil. Bei der Schuldenbremse ...

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Jostmeier, Ihre Redezeit ist zu Ende. Sie haben jetzt noch eine Chance, weiterzureden, nämlich indem Sie doch die Zwischenfrage zulassen.

Werner Jostmeier (CDU): Die Schuldenbremse wird so nicht kommen, weil das Land Nordrhein-Westfalen sie nicht einhalten kann. Damit schaden dieser Haushalt und diese Regierung dem Land Nordrhein-Westfalen, und deshalb stimmen wir nicht zu.

Wenn ich jetzt noch darf, Frau Präsidentin, würde ich Herrn Herter gerne zu Wort kommen lassen.

(Marc Herter [SPD]: Herr Jostmeier, so gehen wir nicht miteinander um!)

Präsidentin Carina Gödecke: Zwiegespräche machen wir hier nicht. Kollege Herter hat auf die Zwischenfrage verzichtet. Kollege Jostmeier hat seine Rede beendet. – Vielen Dank, Herr Kollege Jostmeier, ...

Werner Jostmeier (CDU): Ich bedanke mich.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: ... für Ihren Redebeitrag.

Der nächste Redner ist Herr Kollege Töns von der SPD-Fraktion.

Markus Töns (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lieber Werner Jostmeier, die Wahlniederlage aus Mai dieses Jahres schmerzt wohl noch ziemlich.

(Beifall von der SPD)

Ich kann es durchaus verstehen, dass eine solche Wahlniederlage schmerzt, aber irgendwann muss man sich damit abfinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt 2010 war eine Abrechnung mit den absolut misslungenen Haushaltsjahren unter Rüttgers und Linssen. Und das musste auch geschehen.

(Beifall von der SPD)

Zur Wahrheit und Klarheit gehört auch – das muss man auch einmal sagen –, dass Sie dem Haushalt 2012 ja hätten zustimmen können. Aber irgendwie haben Sie das ja nicht gemacht. Wir bekamen Neuwahlen, und jetzt sitzen Sie richtig festgemauert in der Opposition. Das ist ziemlich dumm gelaufen.

(Beifall von der SPD)

Bei dem Thema „WestLB“ wäre ich an Ihrer Stelle doch sehr, sehr still.

(Zurufe von der CDU)

Denn wer trägt hier die Verantwortung, wenn nicht der Finanzminister Linssen? Wer trägt hier die Verantwortung? Also bitte sehr, sehr still an der Stelle!

An eine Sache möchte ich Sie auch noch erinnern. Haushaltsberatungen unter der Landesregierung Rüttgers und Linssen waren hier mehr als abenteuerlich. Eine Missachtung des Parlaments war das in weiten Teilen auch. Das muss man einfach einmal zur Klarheit dazu sagen. Also halten Sie bitte schön den Ball flach.

Werner Jostmeier, eine Frage noch: Warum haben Sie eigentlich nicht zum Haushalt der Ministerpräsidentin gesprochen? Ich werde Ihnen das gleich sagen, warum nicht, nämlich weil das ein maßvoller und vernünftiger Haushaltsentwurf ist. Genau das ist nämlich Ihr Problem. Der Einzelplan 02, der Geschäftsbereich der Ministerpräsidentin, ist ein Beispiel für solide Haushaltspolitik. Man kann diesen Haushaltsansatz auch als verantwortungsbewusst bezeichnen, wie im Übrigen den gesamten Haushalt 2012.

Man denke nur zurück an den ehemaligen Ministerpräsidenten. Wir hatten Jürgen Rüttgers. Wir hatten fünf verlorene Jahre in Nordrhein-Westfalen, was auch die Politik der Staatskanzlei betraf.

Lieber Kollege Hegemann, ich sage Ihnen ganz deutlich: Rüttgers hat sich zu Beginn seiner Amtszeit üppig mit Personal eingedeckt.

(Lachen und Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD)

23 Stellen sind hier geschaffen worden, und zwar für Wahlkampfvertraute und für JU-Mitglieder. So war das doch 2005.

(Beifall von der SPD)

Von Sparwillen war doch bei Ihnen nichts zu spüren, wie übrigens bei der ganzen damaligen schwarz-gelben Landesregierung nicht. Rüttgers und Linssen waren die größten Schuldenmacher, die dieses Land je erlebt hat.

(Beifall von der SPD – Lachen von der FDP)

Darüber hinaus, liebe Kolleginnen und Kollegen, gönnte sich die Staatskanzlei auch noch teure Veranstaltungen zu Repräsentationszwecken wie die berühmt-berüchtigten Petersberger Conventions. Hier wurden mehr als 800.000 € für 1.000 Gäste ausgegeben. Bei Champagner und Häppchen wurde dann versucht, die damalige Landesregierung ins rechte Licht zu rücken. Ich sage Ihnen: Das ist auch gelungen. Die Landesregierung unter Jürgen Rüttgers ist damals ins rechte Licht gerückt worden.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Töns.

Markus Töns (SPD): Die Presse hat über die eigentliche Veranstaltung nicht berichtet, außer im Nachhinein über die Kosten. Dann ist deutlich geworden, was man eigentlich will. Man hat sich mit Promis getroffen, um ein bisschen Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Aber Landespolitik ist dabei überhaupt nicht herübergekommen.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Töns, entschuldigen Sie bitte. Der Kollege Jostmeier möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

(Lachen von der SPD)

Markus Töns (SPD): Ja, bitte.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Zwischenfrage ist zugelassen, Kollege Jostmeier.

Werner Jostmeier (CDU): Dafür vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege Töns, vor dem Hintergrund dessen, was Sie gerade zu den Ausgaben und Kosten gesagt haben, frage ich Sie, ob Sie die „Bild“-Nachricht von gestern kennen, wonach die Landesregierung im letzten Jahr 5 Millionen € nur für PR-Agenturen gezahlt hat. Ist Ihnen das bekannt?

(Beifall von der CDU)

Markus Töns (SPD): Lieber Kollege Jostmeier, hier hat niemand kritisiert, dass eine Landesregierung PR-Maßnahmen macht. Was wir kritisiert haben, was wir auch weiterhin an der alten Landesregierung kritisieren, ist, dass man bei 1.000 Prominenten mit Häppchen und Champagner versucht hat, PR-Arbeit zu machen, die im Übrigen versandet ist, bis auf die Tatsache, dass es zu einem Skandal wurde.

(Beifall von der SPD)

Genau das ist Ihr Problem gewesen: Sie haben nicht verstanden, wie man Politik in diesem Land macht. Darum sind Sie auch 2010 abgewählt worden.

(Beifall von der SPD)

Der Haushalt der Ministerpräsidentin sinkt im Vergleich zum Vorjahr übrigens auf 119 Millionen €. Hier wird maßvoll mit Mitteln umgegangen, und das vor dem Hintergrund der zu erledigenden Aufgaben. Die sind nicht geringer geworden. Gerade von NRW wird seit 2010 viel erwartet. Wir sind nun einmal das größte und wichtigste Bundesland.

Wie Sie sicherlich wissen, ist die Staatskanzlei nicht gerade üppig mit Personal ausgestattet. Gerade vor diesem Hintergrund ist die Arbeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nicht hoch genug einzuschätzen. Das will ich an dieser Stelle auch noch einmal betonen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Gerade von der Staatskanzlei wird eine besondere Leistungsfähigkeit erwartet.

Insgeheim scheinen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition und gerade auch von der CDU, die Arbeit der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hoch einzuschätzen. Anders ist wohl die Tatsache, dass Sie keine Anträge gestellt haben, nicht zu bewerten. Aber da sind Sie nicht alleine: Die Menschen in unserem Land schätzen die Arbeit von Hannelore Kraft. Die Menschen wissen, dass sie eine Ministerpräsidentin für alle Nordrhein-Westfalen ist.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist nach unserer Überzeugung maßvoll und verantwortungsbewusst und ein gutes Zeichen für NRW. – Glück auf!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Töns. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Töns, als Sie begonnen haben, hatte ich schon vermutet, Sie hätten das Datum verwechselt, 11.11. statt 8.11. Ein großes Gelächter hier im Plenarsaal. Aber hinterher wurde es dann ja richtig staatsmännisch, und es passte am Ende dann ja doch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus Sicht der FDP ist es wenig zielführend, sich noch im November eines Jahres ausführlich mit dem Einzelplan 02, dem Haushalt der Ministerpräsidentin, zu beschäftigen. Diese Aufgabe kommt schon bald für das Haushaltsjahr 2013 zu einem weit früheren Zeitpunkt auf uns zu. Dann werden wir uns ausführlich mit den Zahlen beschäftigen. Dann, meine Damen und Herren, macht es auch Sinn, eventuell Änderungsanträge zu stellen. Denn in diesem Jahr ist in Wahrheit doch schon alles gelaufen.

Verantwortung trägt die Ministerpräsidentin aber nicht nur für den Einzelplan 02, sondern sie trägt natürlich diese Verantwortung für den Gesamthaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen. 4,6 Milliarden € Kreditaufnahme bei Rekordsteuereinnahmen, eine mittelfristige Finanzplanung, die so angelegt ist, dass sie zum Verfassungsbruch führt – während in anderen Bundesländern gespart wird, erleben wir hier in Nordrhein-Westfalen immer noch die Finanzierung von Wahlgeschenken auf Pump, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen erwarten von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, eine seriöse Finanzpolitik und definitiv keine Schuldenpolitik, verbunden mit unzumutbaren und ungerechten Belastungen für künftige Generationen. „Künftige Generationen“, das ist ein gutes Stichwort; denn sie haben es verdient, dass die aktuelle Politik von SPD und Grünen so ausgerichtet ist, dass diese langfristig Arbeitsplätze und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen sichert.

Ein Klimaschutzgesetz muss also so ausgerichtet sein, dass es der Umwelt effektiv nutzt, aber nicht ganz überwiegend zu Bürokratie und zu einer Belastung von Wohlstand und Arbeitsplätzen führt. Eine bedarfsgerechte und aktive Infrastrukturpolitik für alle Verkehrsträger in Nordrhein-Westfalen ist notwendig für Wohlstand und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Eine rationale Energiepolitik, die für sicheren und bezahlbaren Strom in unserem Land sorgt, ist unverzichtbar.

In all diesen Bereichen überziehen die Kollegen der Grünen mit ihren Zielen und teilweise mit ihrer Blockade. Der Kollege Holger Müller hat es gestern – wie es eigentlich nur er kann – wunderschön formuliert. Er sagte, es sei halt nicht immer leicht mit einem Koalitionspartner wie den Grünen.

(Heiterkeit von den GRÜNEN)

– Ja, Herr Priggen, so ist das halt. – Frau Ministerpräsidentin, neben einer seriösen Finanzpolitik haben Rahmenbedingungen für Wohlstand und sichere Arbeitsplätze die zentrale Bedeutung für unser Land. Die FDP wird sich insbesondere für diese Ziele einsetzen und Sie, Frau Ministerpräsidentin, als konstruktiver Partner begleiten – kritisch, wenn es etwas zu kritisieren gibt, zustimmend, wenn es in der Sache richtig ist und Sie die Sache richtig anpacken. Alles, meine Damen und Herren, für ein starkes Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Fraktionsvorsitzende hat mich aufgefordert, zum Tagesordnungspunkt zu reden. Das werde ich versuchen und mich dabei von einigen Beiträgen absetzen. Ich muss nur eines ganz ruhig richtigstellen, was die Verfassungsklage anbetrifft. Die Verfassungsklage, die in Münster entschieden worden ist, richtete sich gegen die Einbringung des Haushaltes im Dezember 2011. Sie ist gerügt worden, das sei zu spät gewesen. Das müssen wir anerkennen.

Dieser Haushaltsentwurf ist aber mit Ihren Stimmen im März dieses Jahres abgelehnt worden. Daraufhin gab es – ich denke, Sie erinnern sich daran – Neuwahlen im Mai dieses Jahres mit einem ganz interessanten Ergebnis insbesondere für die CDU. Dann hat es im Juni eine Regierungsbildung gegeben. Der Finanzminister hat in der erstmöglichen Sitzung nach der Sommerpause – also nach Regierungsbildung, nach Umressortierung – den Haushalt hier im Landtag eingebracht.

Es ging technisch gar nicht anders. Die einzige Möglichkeit wäre gewesen, die Abgeordneten aus dem Urlaub zu holen, den Plenarsaal nicht umzubauen und vielleicht zwei Wochen früher zu tagen. Das hätte man vielleicht noch machen können. Ich glaube aber nicht, dass das in Ihrem bzw. in unserem Interesse hätte sein können. Ich stelle fest: Dieser Haushaltsentwurf, der heute auf dem Tisch liegt, ist zum frühestmöglichen Zeitpunkt in den Landtag eingebracht worden, wird zügig beraten und so schnell wie möglich – zumindest nach unserer Auffassung – in drei Wochen dann auch verabschiedet werden. Deswegen ist das Verfahren absolut verfassungskonform.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

In Vorbereitung auf die Rede hatte ich überlegt: Was könnte denn kommen? Ich hatte spekuliert: Vielleicht kommen Sie mit Steinbrück oder anderen Geschichten. Das möchte ich allerdings, weil die Debatte gestern gelaufen ist, zum Anlass nehmen –

weil Sie immer politisch gefragt haben –, drei Dinge klarzustellen: Erstens. Wir halten es nicht für richtig, dass Stadtwerke und andere hohe Honorare in dieser Größenordnung an wen auch immer auszahlen.

(Beifall von der CDU)

Zweitens gilt aber auch eine Nagelprobe. Da können Sie als CDU und vor allem die FDP sich gut in die Debatte einbringen. Wir wollen Transparenz nicht nur über die Nebentätigkeiten von Abgeordneten. Da müssen wir einen Schritt weiterkommen. Ich bin sehr gespannt, was der Kollege Orth – das gilt auch für andere Kolleginnen und Kollegen der FDP – in diesem Zusammenhang tun wird.

Drittens wollen wir auch Transparenz darüber haben, welche Zuflüsse die Parteien haben. Gestern hat der Kollege Witzel – in Bezug auf den BLB mit einer verschwurbelten Debatte – immer laut gesagt, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer sei. Es ist aber die Frage, ob die Parteien die besseren Unternehmer sind und ob es sich da nicht um Geflechte handelt, die Scheinzuführungen zu Parteien verdecken sollen. Auch darüber müssen wir uns in diesem Parlament unterhalten.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Ich bin sehr froh, dass der Ältestenrat eine entsprechende Anhörung auf den Weg gebracht hat. Dann bringen wir einmal Transparenz in die Kiste, Herr Kollege Lindner, wer von wem unterstützt wird und mit welchem Geld Parteiarbeit machen kann. Das ist nämlich auch sehr interessant.

Eines will ich noch zu der Debatte sagen, die jetzt im Land und im Bunde geführt wird: Es ist doch gut, dass da Transparenz hineingekommen ist, damit klar wird, wo die Gelder fließen, damit man daraus auch die Konsequenzen ziehen kann. Das muss aber auch für die Abgeordneten und für die gelten, die den Mund so dick aufgeblasen haben, nämlich unter anderem Ihr Generalsekretär Döring. Der muss dann auch pfeifen, wenn es darum geht, Gesetze zu machen und Transparenzregeln einzuhalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Mostofizadeh, der Kollege Hegemann würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Immer gerne.

Lothar Hegemann (CDU): Herr Kollege, Sie haben jetzt mehrfach unterstellt, dass es ein Dickicht bei Parteien gebe, das dringend geöffnet werden muss, weil es nach Ihren Aussagen wohl eine Umwegfinanzierung darstellt. Das ist nach geltendem Recht ein Fall für den Staatsanwalt. Dann sagen Sie, wann und wo, und machen eine Anzeige. Alles an-

dere ist eine Unterstellung von Straftaten, die Sie sich sehr wohl überlegen sollten. Ich frage Sie: Haben Sie Informationen, die ausreichen, um den Staatsanwalt zu informieren?

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Kollege Hegemann, ich empfehle Ihnen – wir führen ja ein Wortprotokoll über diese Debatte –, sich meine Worte sehr genau anzugucken. Ich habe gesagt: Wir brauchen Transparenz darüber, wie sich Parteien finanzieren, wie die Zuflüsse zu den Parteien kommen.

(Zurufe von der CDU)

– Das können wir gemeinsam nachgucken.

(Armin Laschet [CDU]: Wir reden über den Etat der Ministerpräsidentin! Sie hat Sie ermahnt, kein dummes Zeug zu reden!)

– Herr Laschet, soll ich jetzt auf die Frage von Herrn Hegemann oder auf Ihren Einwurf antworten?

(Weitere Zurufe von der CDU)

Um auf Herrn Hegemann zurückzukommen: Ich bin dafür, dass wir Transparenz darüber haben, welche Parteien sich wie finanzieren, dass wir auch Obergrenzen einführen. Da muss der Bundestag entsprechende Regelungen treffen.

Ich habe nicht unterstellt, dass sich Parteien nach heute geltendem Recht unrechtmäßig finanzieren. Ich möchte aber gerne wissen – darauf hat auch die Öffentlichkeit ein Anrecht –, wie sie sich finanzieren.

Sollten sich Parteien über Untreuetatbestände oder andere Geschichten finanzieren, dann ist das eine Sache für den Staatsanwalt. Das habe ich aber nicht zu bewerten. Das habe ich auch nicht in den Raum gestellt.

(Widerspruch von der CDU)

Sollte ich davon Kenntnis haben – davon können Sie ausgehen, Herr Kollege Hegemann –, dann würde ich auch Strafanzeige stellen. Wenn dem so ist und ich entsprechende Nachweise hätte, dann würde ich das selbstverständlich tun. Aber das würde jeder andere Kollege hier im Raum selbstverständlich – davon gehe ich aus – auch tun.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Mostofizadeh, es gibt den Wunsch nach einer zweiten Zwischenfrage, und zwar von Herrn Kollegen Lindner.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Bitte schön.

Christian Lindner (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege.

Erstens: Wären Sie bei der Erhöhung der Transparenz auch dafür, dass beispielsweise das Rückkehr-

recht in zuvor ausgeübte Berufe ausgewiesen wird, wie es gegenwärtig im Deutschen Bundestag diskutiert wird?

Und zweitens: Ist Ihnen bekannt, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Kreuzfahrtschiff unterhält, das unlängst

(Beifall von der FDP und der CDU)

von griechischen Beamten festgehalten worden ist, weil es noch Zahlungen zu leisten gab?

Präsidentin Carina Gödecke: Bevor Sie antworten, Herr Kollege Mostofizadeh, möchte ich den Kollegen Lindner noch einmal an die Regeln, die er kennen sollte, erinnern, dass nämlich die Zwischenfrage eine Frage beinhaltet. Die Aufzählung „erstens und zweitens“ macht deutlich, dass Sie zwei Fragen gestellt haben.

(Christian Lindner [FDP]: Ich verzichte auf die Frage unter Ziffer 2!)

– Herr Lindner, Sie können sich jetzt leider nicht aussuchen, welche Frage Sie gestellt haben wollen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Kollege Lindner, mir ist der Sachverhalt nicht im Detail bekannt. Aber ich habe davon gelesen – Punkt.

(Zurufe – Heiterkeit)

Ich möchte auch zum Schluss kommen

(Beifall von der CDU)

und nur noch einen Aspekt anführen, weil Kollege Jostmeier hier mit Wahlbetrug und anderen Geschichten

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

und der Kollege Rasche mit Versprechungen auf Pump gekommen ist. Wenn das Betreuungsgeld kein Versprechen auf Pump ist, wenn das keine unsinnige Finanzierung mit Sondereffekten ist, was überhaupt nicht zu teilen ist, dann weiß ich auch nicht, wobei mich vor allem ein Punkt richtig ärgert ...

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

– Herr Kollege Rasche, weil das für den Bundesrat von entscheidender Bedeutung ist: Die FDP hier im Land Nordrhein-Westfalen hat bis 2012 immer erklärt, die Steuerbefreiung für Hoteliers müsse sein. Dann hat Herr Lindner irgendwann gesagt, das wäre Unsinn,

(Christian Lindner [FDP]: 2010 habe ich das schon gesagt!)

um jetzt im Bundesrat den Antrag von Schleswig-Holstein, den Nordrhein-Westfalen unterstützt, nicht unterstützen zu wollen. Das ist doch ein Zickzackkurs der FDP – zum Schaden des Landes, zum

Schaden der Kommunen, zum Schaden unseres Haushaltes. Sie sind aus meiner Sicht die unglaublichste Fraktion, die hier im Landtag sitzt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Piratenfraktion spricht Kollege Marsching.

Michele Marsching (PIRATEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Ja, auch lieber Stream!

(Zurufe)

Wenn ich hier ganz neutral herumsitze und mir so die Reden anhöre, dann muss ich mich fragen: Habe ich vergessen, ein Ticket für die Zirkusveranstaltung hier zu lösen?

(Beifall von den PIRATEN)

In der letzten Rede – Entschuldigung, Herr Mostofizadeh – habe ich nicht ein Wort zum Haushalt, zum Einzelplan 02 gehört, nicht ein Wort, nicht ein einziges!

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich möchte mich gerne an unsere Anträge halten, die wir zum Einzelplan 02 gestellt haben, und nicht über irgendwelche Wahlniederlagen und ein ominöses Früher reden. Bezüglich der WestLB sollten Sie im Übrigen alle den Ball flach halten. Hier einseitig die Schuld zuzuweisen, finde ich nicht richtig.

Ich will auch nicht noch einmal sagen, dass schon alles gelaufen ist. Ich halte mich tatsächlich an unsere Anträge. Im Einzelplan 02 im Bereich der Ministerpräsidentin ging es darum, dass wir eine Erhöhung des Budgets vorgeschlagen haben, um eine Abteilung einzurichten, die sich mit dem Thema „Open Government“ beschäftigt. Denn die Ministerpräsidentin hat im Rahmen der Regierungserklärung gesagt, dass das Thema „Open Government“ jetzt Chefsache wäre – ihr Thema – und dass die Staatskanzlei hier federführend wäre. Das habe ich in der vergangenen Legislaturperiode auch lesen können. Aber was ist seitdem passiert? Nichts, nur hohle Worte und keine Taten!

(Beifall von den PIRATEN)

Der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore hat einmal gesagt, dass die – ich zitiere – globale Informationsinfrastruktur nicht bloß eine Metapher für eine funktionierende Demokratie sein wird. Tatsächlich wird sie das Funktionieren der Demokratie verbessern, indem sie die Teilhabemöglichkeit für die Bürger erweitert. – Zitat Ende.

Fraglich ist nur für mich, wie das in NRW gelingen soll, wenn die Landesregierung untätig bleibt, denn

konkrete Pläne oder einen Zeitplan haben Sie bis jetzt nicht vorgelegt. Im Hauptausschuss wurde unser Budgetantrag abgelehnt, der einen Facharbeitskreis ermöglicht hätte, um das Thema zeitnah anzugehen. Hier im Plenum haben wir gesagt, dass eine Abteilung bei IT.NRW eingerichtet werden soll, die sich mit der entsprechenden Veröffentlichung von Daten befassen soll. Auch das wollten Sie nicht.

Eine Erklärung, wieso Sie den Antrag abgelehnt haben, habe ich auch nicht gehört. Fehlanzeige! Das, meine Damen und Herren Kollegen, wäre immerhin ein erster Schritt in Richtung echter Transparenz gewesen.

Der Landesbetrieb Information und Technik hat zahlreiche Daten digital zur Verfügung. Konkret haben wir Piraten schon im letzten Jahr die Veröffentlichung einiger dieser Daten zum Thema „kommunale Haushalte“ gefordert. Das wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die Daten aus einigen Kommunen noch fehlen würden. Entschuldigung! Würden Sie es als Entschuldigung akzeptieren, wenn Sie eine Anfrage stellen, auf die geantwortet wird: Es tut mir leid, ich habe nicht alle Daten, ihr kriegt jetzt gar keine Antwort?

Veröffentlichen Sie doch diese Daten und fügen Sie die fehlenden Daten einfach später hinzu!

(Beifall von den PIRATEN)

Solange wir nicht mit so kleinen Schritten beginnen, sind das hier alles nur Ankündigungen und heiße Luft. Ich verweise dazu gerne noch einmal auf die Visualisierung des Haushaltes durch unsere Fraktion.

Der Kollege Bolte von den Grünen hat sich zuletzt so geäußert, dass er froh sei, dass die Open-Government-Strategie der Landesregierung ein wichtiger Schritt zu mehr Transparenz und zu mehr Beteiligung im digitalen Zeitalter sei. Ich glaube nicht, dass wir von demselben reden. Ich sehe da keinen Anstoß, keinen Schritt in diese Richtung. Gibt es dafür Gutachten, Vorschläge, Pläne? Nein! Gibt es darüber Diskussionen, und wenn ja, wo? Und warum werden wir an diesen Diskussionen nicht beteiligt?

Wollten Sie nicht die Regierung der Einladung sein? Das habe ich so im Ohr. Jeder Antrag der Opposition zu dem Thema „Open Government“ wurde bisher abgelehnt. Was hat das bitte mit konstruktiver Zusammenarbeit und Einladung zu tun?

(Beifall von den PIRATEN)

Ich kann nur wiederum vorschlagen und bitte darum, dass Sie bei diesem Thema mit uns zusammenarbeiten. Wir haben die Expertise dazu, und sie ist sogar kostenlos.

(Beifall von den PIRATEN – Heiterkeit von Christof Rasche [FDP])

Rufen Sie diese Expertise ab!

Um noch einmal Al Gore zu zitieren – mit Verlaub –: Das Internet bringt Folgen, die sogar größer sind als Fußball. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Marsching. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren das Wort.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine gewiefte Öffentlichkeitsarbeiterin würde diese Rede sicherlich mit einem Paukenschlag eröffnen, nämlich: Ministerpräsidentin spart bei sich selbst zuerst. Ihr Etat für das Haushaltsjahr 2012 sinkt gegenüber dem Vorjahresplan um über 1 % – und das bei einer Inflationsrate von rund 2 %, einem prognostizierten Steuermehraufkommen von 7,1 % und einer Steigerung des Gesamthaushaltsentwurfs von 6,4 %.

Mir, meine Damen und Herren, liegt da das Unaufgeregte deutlich mehr. Sie kennen mich inzwischen. Ich möchte deshalb einige wenige Fakten überbringen. In der Tat verabschieden wir das Haushaltsgesetz 2012 spät. Das ist nicht nur für das Parlament unbefriedigend, sondern auch für die Landesregierung. 2013 wird das besser sein. Dann nämlich werden sich die politischen Schwerpunktsetzungen der Ministerpräsidentin aus ihrer Regierungserklärung niederschlagen.

Hier und jetzt geht es um die „Zweitfassung“ des Entwurfs 2012 und allein darum, vom Parlament beinahe schon nachträglich für das fast abgelaufene Kalenderjahr die notwendige gesetzliche Ermächtigung einzuholen.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsplanentwurf 2012 der Ministerpräsidentin enthält folgerichtig keinerlei teure Überraschungen. Im Einzelnen sind dies die bereits mit dem Haushalt 2011 festgelegten Aufgaben und Politikschwerpunkte, deren Bearbeitung sich die Ministerpräsidentin selbst vorbehalten hat bzw. die zu meinen Aufgaben gehören.

Die Staatskanzlei geht diese Aufgaben auch weiterhin ohne neue Stellen an. Sie verzichtet auch im Entwurf 2012 weiterhin und konsequent seit Regierungsübernahme durch Frau Ministerpräsidentin Kraft auf die Einrichtung zusätzlicher Stellen. Das ist in der Tat anders als bei der schwarz-gelben Vorgängerregierung.

Meine Damen und Herren, diese Aufgaben werden ohne zusätzliche Haushaltsmittel angegangen. Im Saldo fällt ihr Gesamtetat von 119 Millionen € gegenüber dem Vorjahr sogar um 1,3 Millionen € geringer aus. Auf der anderen Seite muss man aber auch die Inflationsrate von zurzeit rund 2 % sowie

die den Etat belastenden Kostentreiber der linearen Besoldungs-, Vergütungs- und Indexsteigerungen sehen. Das ist Ihnen allen bekannt. Deswegen meine ich, dass sich diese Absenkung des Gesamtvolumens gegenüber 2011 schon als ein beachtlicher Konsolidierungserfolg sehen lassen kann.

Lassen Sie mich, weil das angesprochen worden ist, auf das Thema „Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit“ eingehen. Dieser Ansatz, meine Damen und Herren, ist seit 2006 unverändert. Er war zu Zeiten der vorherigen Legislaturperiode im Ist-Ergebnis allerdings etwas höher und lag zwischen 1,8 und 1,9 Millionen €. Vergleicht man das aber mit anderen Bundesländern, kann man sehr deutlich sehen, wie maßvoll wir hier die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit einsetzen. Bayern hat 2,5 Millionen € im Ansatz für 2011. Sachsen ist ein Viertel so groß wie Nordrhein-Westfalen, aber dort kommt man auf fast 1 Million € für die Öffentlichkeitsarbeit.

Sie sollten auch nicht vergessen – das will ich in Richtung Piraten sagen –, dass wir in der Tat in diesem Zusammenhang auch erste Aktivitäten des Open Government einbezogen haben. Das haben wir bisher mit Bordmitteln

(Abgeordnete der GRÜNEN zeigen auf die
PIRATEN – Heiterkeit)

gemacht. So war es beispielsweise auch bei mir im Bereich „Europa und Eine Welt“ und im Medienbereich. Das ist dort inbegriffen. Wir haben aber die Ansätze für 2012 nicht zu erhöhen, weil im Augenblick keine weiteren operativen Aufgaben anstehen und wir erst in 2013 zu weiteren Schritten kommen werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte nur noch einen Hinweis als Beispiel dafür geben, wie sich die konzeptionelle Änderung unserer Arbeit auch im Haushalt niederschlägt. Die Opposition ist ansonsten in keiner Weise auf die einzelnen Bereiche eingegangen.

Ich spreche die wissenschaftliche Beratung an, wobei wir feststellen können, dass wir die Mittel kürzen, gleichzeitig diese Mittel aber einsetzen, um Konzepte für eine gesellschaftliche Weiterentwicklung erarbeiten zu lassen, die dann in der Umsetzung dazu beitragen werden, allen Kindern und Jugendlichen eine Chance zu geben und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, getreu dem Motto: kein Kind zurückhalten, Armut bekämpfen, Chancen erweitern.

Das begleitet uns bei all unseren Haushaltsansätzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von
den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Schwall-Düren. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin Schwall-Düren hat ihre

Redezeit um etwa 40 Sekunden überzogen. Gibt es den Wunsch, diese zusätzliche Redezeit für die Fraktionen zu nutzen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Ende der Beratungen zum Teilbereich „Ministerpräsidentin und Staatskanzlei“ des Einzelplans 02.

Ich rufe auf:

Teilbereich Landesplanung

Ich erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Schmitz das Wort.

Hendrik Schmitz (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Supermärkte verkaufen seit zwei Monaten Spekulatius und Printen, am Wochenende gehen in meinem Wahlkreis die Martinszüge, der erste Glühwein wird verkauft, und das Jahr neigt sich seinem Ende entgegen. Umso absurder ist für mich die Tatsache, dass wir uns hier nun mit dem Haushalt für das Jahr 2012 beschäftigen müssen. In diesem Zusammenhang von einem Plan zu sprechen, wird den Tatsachen nicht gerecht, suggerieren Sie so doch die Illusion, man könne noch Einfluss auf die Verwendung der Mittel haben.

Wenn dieser Haushalt durch dieses Parlament verabschiedet wird, sind bereits elf Zwölftel der Gelder ausgegeben. Wir sprechen also nicht vom Haushaltsvollzug und nicht von einer Planung. Dies hat seine Gründe nicht nur in der Neuwahl in der ersten Jahreshälfte, sondern bereits in der verspäteten Vorlage des Haushaltsentwurfes durch die damalige Minderheitsregierung. Das ist die normative Kraft des Faktischen. Die sollten auch Sie akzeptieren.

(Beifall von der CDU)

Auch den Kollegen der regierungstragenden Fraktionen muss doch bewusst sein, dass durch das verspätete Einbringen des Haushaltes das Königsrecht des Parlamentes, das Budgetrecht, mit Füßen getreten wird. Als Parlamentsneuling muss ich deutlich sagen, dass Sie in dieser Frage wohl eine andere Auffassung von Parlamentarismus haben als ich.

(Beifall von der CDU)

Da uns nun der Haushalt vorliegt, will ich mich mit einigen Worten dem Einzelplan 02 und dem dortigen Posten Landesplanung widmen. Wie dem Einzelplan zu entnehmen ist, haben Sie in diesem Jahr 2 Millionen € für die Landesplanung ausgegeben, wohlgemerkt: nur für die Verwaltung. Es stellt sich mir die Frage, was Sie mit diesem Geld umgesetzt haben.

Ich bin seit Mai Mitglied dieses Landtages. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht zu schauen, was Sie

in den vergangenen Jahren als Regierung angehen wollten. Ausgangspunkt war für mich dabei der Koalitionsvertrag aus dem Jahre 2010. Darin verkünden Sie vollmundig, die Landesplanung zu novellieren, und mit großer Außenwirkung wurde der Bereich der Landesplanung im Zuge der damaligen Regierungsbildung der Staatskanzlei unterstellt. Dieser Bereich wurde also zur Chefsache gemacht.

Aber nach meiner Kenntnis folgte dieser Ankündigung keine näher ausgestaltete Charakterisierung dieses Vorhabens gegenüber dem damaligen Landtag. Ende des Jahres 2011 ist in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 30. November schließlich nochmals bekräftigt worden, die Landesregierung strebe eine große Novellierung der Landesplanung an. Ein Kabinettsbeschluss mit anschließender Offenlage des Landesentwicklungsplanes wurde dann für den Beginn des Jahres 2012 in Aussicht gestellt. Auch auf diese Ankündigung ist mir keine weitere Konkretisierung der Vorhaben gegenüber dem Landtag bekannt. Im August schließlich wurde im Rahmen einer Pressekonferenz zumindest die Novellierung des Teilplanes „Großflächiger Einzelhandel“ für diesen Winter annonciert.

Meine Damen und Herren, seit über zweieinhalb Jahren planen Sie nun Ihre Novelle, haben 2 Millionen € allein in diesem Jahr ausgegeben und haben es nicht für nötig gehalten, den Landtag auch nur einmal über ihre Pläne zu informieren. Mir stellt sich da die Frage, ob Sie das nicht können oder ob Sie das nicht wollen.

(Beifall von der CDU)

Ich kann an dieser Stelle nur sagen, dass es höchste Zeit wird. Den Kommunen brennt es unter den Nägeln. Sie brauchen dringend klare Verhältnisse. Nach dem Auslaufen des LEPro Ende 2011 besteht keine rechtliche Klarheit und Sicherheit mehr. Landauf, landab warten die Kommunen auf die Novelle des Teilplanes „Großflächiger Einzelhandel“. Die Kommunen treibt die berechtigte Sorge, dass ihre Innenstädte durch den großflächigen Einzelhandel auf der grünen Wiese ausgetrocknet werden. Wir diskutieren über Outletcenter in Remscheid, in Ochtrup, in Bad Münstereifel oder über die Ansiedlung von Großprojekten wie zum Beispiel den Ikea-Home-Parks. Aber Sie lassen an der Stelle die Kommunen alleine. Die brauchen dringend das notwendige Handwerkszeug. Sie lassen aber ein gesamtes weiteres Jahr ins Land ziehen.

Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben und legen Sie uns diese Novelle im Parlament vor. Ich hoffe inständig, dass Sie mit diesem Etatposten nicht einfach weitere 2 Millionen € zum Fenster hinausgeblasen, sondern diese sinnvoll für unser Land und unsere Kommunen eingesetzt haben. Allein der Glaube fehlt mir an dieser Stelle.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich nehme zur Kenntnis, dass ich in der laufenden Wahlperiode nicht eine einzige Vorlage der Landesregierung zur Landesplanung finden kann. Ich fordere Sie daher auf: Informieren Sie das Parlament endlich über Ihre Pläne, zeigen Sie uns, dass Sie Ihren vielfältigen Ankündigungen auch Ergebnisse folgen lassen. Dann können wir hier darüber diskutieren. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schmitz, es freut mich ja, dass Sie zumindest schon einmal zur Kenntnis genommen haben, dass es schon vor zwei Monaten Printen und Spekulatius in den Regalen gab. Es zeigt, dass Sie sich mit Weihnachtsgeschenken und Weihnachtsvorbereitungen mehr beschäftigen als mit der Landeshaushaltspolitik.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das ist aber auch das Einzige, was man zustimmend zur Kenntnis nehmen kann. Auch wenn Sie als Neuling erst seit Mai diesem Parlament angehören, haben Sie wohl vergessen, dass es in diesem Jahr auch einen 14. März gegeben hat, deswegen beraten wir erst heute den Haushaltsplan 2012 in zweiter Lesung. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte man diesen Haushaltsplan schon längst verabschiedet. Das wissen Sie. Wenn Sie aber keine Pläne zur Kenntnis nehmen, dann haben Sie definitiv auch nicht zur Kenntnis genommen, dass wir einen sehr umfangreichen und detailliert formulierten Koalitionsvertrag haben. Darin steht einiges zur Landesplanung. Lesen bildet, Herr Kollege Schmitz. Das gilt insbesondere auch für den Koalitionsvertrag.

An einer Stelle haben Sie recht: Ausgangspunkt war das Jahr 2010, war die Wahl 2010 und war das, was dann folgte. Als SPD und Grüne im Jahre 2010 die Landesregierung übernommen haben, fanden wir in der Raumordnung und in der Landesplanung eine Großbaustelle mit verlorenen Gerichtsprozessen und unerledigten Aufgaben vor. Sie haben ja die Themen angesprochen, die ich nur noch einmal mit den negativen Gerichtsurteilen in Verbindung bringen will. So gab es ein verlorenes Gerichtsverfahren zum Beispiel vor dem Verfassungsgerichtshof in Sachen Factory-Outlet-Center Ochtrup. Es gab ein negatives Gerichtsurteil zum Beispiel vor dem OVG Münster für das Planungsverfahren Kraftwerk Datteln 4. Ferner gab es unerledigte Vorhaben wie zum Beispiel die von CDU und FDP groß angekündigte, aber nie erreichte Schaffung eines einheitlichen und zukunftsfesten Landesplanungs-

rechts durch die inhaltliche Zusammenfassung von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan.

Die neue Landesregierung – das ist ja nach der Wahrnehmung seit 2010 der Fall – hat seit ihrem Amtsantritt in den vergangenen knapp zweieinhalb Jahren schon sehr kluge Weichenstellungen vorgenommen. Auch da gilt, Herr Kollege Schmitz, Lesen bildet.

Erstens. Das Thema Landesplanung und Raumordnung ist kein Unterthema irgendeiner Spezialpolitik mehr, sondern Sie ist dort angesiedelt, wo die übergreifenden Punkte miteinander vernetzt werden müssen, nämlich in der Staatskanzlei, also da, wo es auch hingehört. Das ist richtig. So wird deutlich, dass die Planung und die Ordnung des Raums ein ressortübergreifendes Thema ist.

Zweitens. Bei der Großbaustelle des Steinkohlkraftwerks Datteln, die die heutige Opposition uns in ihrer Regierungszeit aus Überheblichkeit und Ignoranz überlassen hat, gilt jetzt das Prinzip des Vertrauensschutzes. Planungsrechtlich bedeutet dies ganz konkret: Sofern der RVR eine Regionalplandarstellung des Kraftwerksstandorts Datteln beschließt, wird die Landesregierung die vorgesehene Rechtsprüfung auch durchführen.

Drittens. Die Landesregierung hat im April dieses Jahres entschieden, vor der Veröffentlichung des neuen, umfassenden Landesentwicklungsplans die landesplanerischen Regelungen zum großflächigen Einzelhandel in einem Sachlichen Teilplan vorzuziehen. Das haben Sie zwar angesprochen, aber anscheinend an dieser Stelle wieder nicht zur Kenntnis genommen. Mit den in diesem Entwurf enthaltenen Regelungen werden die Innenstädte, Stadt- und Ortsteilzentren gestärkt werden, und das zentrenschädliche Bauen auf der grünen Wiese wird verhindert. Die Landesregierung sammelt damit auch die Trümmerhaufen ein, die CDU und FDP nach dem Ochtrup-Urteil des Verfassungsgerichtshofs hinterlassen hatten. Sie wollten damals nicht lernen. Offensichtlich haben Sie es – das haben Sie eben bewiesen – bis heute nicht getan.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Landesregierung von SPD und Grünen wird auch die von Schwarz-Gelb immer versprochene, aber nicht gehaltene inhaltliche Zusammenfassung von Landesentwicklungsplan und Landesentwicklungsprogramm auf den Weg bringen. Sie wird einen Entwurf für einen neuen, umfassenden Landesentwicklungsplan vorlegen. Der Sachliche Teilplan Großflächiger Einzelhandel wird dann zu einem späteren Zeitpunkt in den Gesamtlandesentwicklungsplan rechtssicher eingeführt.

Genau diese Vorgehensweise in Sachen großflächiger Einzelhandel hat heute Morgen beim Frühstück mit dem Handelsverband eine deutliche Zu-

stimmung bekommen. Wer dagewesen wäre, hätte das auch hören können.

Die Themen, bei denen es im Vergleich zum derzeitigen Landesentwicklungsplan und Landesentwicklungsprogramm den größten Aktualisierungsbedarf gibt, liegen auf der Hand: erstens Anpassung an den Bevölkerungsrückgang, zweitens sparsame Flächeninanspruchnahme und drittens Klimaschutz sowie Anpassung an den Klimawandel. Das sind die Herausforderungen, denen wir uns gemeinsam zu stellen haben und die hinterher in vielen Fachpolitiken umgesetzt werden müssen.

Die Landesplanung ist zwar finanziell mit rund 2 Millionen € ein relativ kleiner Bereich im Haushalt. Sie ist aber von strategischer Bedeutung bei der Bewältigung der großen Herausforderungen der Zukunft und somit unerlässlich für die Zukunft Nordrhein-Westfalens.

Unabhängig davon, was Sie zur Kenntnis genommen haben oder nicht, Herr Kollege Schmitz, wäre es ratsam, sich in diesen Prozess einzubringen; denn dann kommen wir dahin, wo Sie zwar mit Worten hinwollten, aber nie haben Taten folgen lassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute ist ein besonderer Tag. Richten Sie doch bitte einmal Ihre Augen auf das Zentrum dieses Hauses: Kollege Laschet und Kollege Priggen einvernehmlich als zukunftsorientierte, landesplanerisch gewünschte Konfiguration.

(Ein Abgeordneter gestikuliert.)

– Nein, das ist ein Scheibenwischer. Wenn Sie so etwas machen würden, wäre das ja eine Beleidigung. – Aber das Bild ist ein schönes Bild. Der 11.11. ist doch nah.

(Christian Lindner [FDP]: Ein Traum wird wahr!)

Meine Damen und Herren, der Kollege Schmeltzer hat noch einmal deutlich gemacht, welche Aufgaben die Landesplanung hat: überörtlich zusammenfassend und übergeordnet. Die Fachplanungen werden zusammen in die Schaltstelle der Landesregierung gegeben. Deswegen ist es auch richtig – ich betone das gerne –, dass die Landesplanung in der Staatskanzlei angesiedelt ist. Das war eine richtige Entscheidung. Dies soll auch so bleiben. Hier ist die Schaltstelle des Landes für die strategischen Ziele und für die Problemlösungen, die da anstehen.

Wenn das richtig ist – und ich meine, dass es richtig ist –, verstehe ich allerdings eins nicht: dass diese

Landesregierung ein Klimaschutzgesetz nach außen gibt, dessen Ziele zu beachten sind und somit in der Landesplanung gar nicht mehr untereinander abgewogen werden können, weil hier letztendlich ein Landesklimaschutzplan erstellt wird, dem sich alles andere unterzuordnen hat. Das kann nicht richtig sein. Entweder ist die Landesplanung übergeordnet zusammenfassend – dann ist es eine Klimaschutzfachplanung, die sich dem anzupassen hat –, oder es ist umgekehrt. Schwanz und Hund und Wedeln haben hier etwas miteinander zu tun.

(Beifall von der FDP)

Gleichwohl stelle ich fest: Dort, wo sie ist, ist sie richtig angesiedelt.

Im Übrigen kann ich nicht nachvollziehen, dass wir als Industrieland Nordrhein-Westfalen die Problematik der Anpassung an den Klimawandel hier mit einem Klimaschutzplan angehen. Wenn es richtig ist, dass 2,71 % der weltweiten CO₂-Emissionen bei uns in Deutschland, davon dann 1 % in NRW, stattfinden, ist doch die Vorbildfunktion fraglich. Wenn es richtig ist, dass wir einen europaweit gedeckelten Emissionshandel haben, machen wir „Sparen, koste es, was es wolle“, und alle anderen Länder freuen sich, weil sie preiswert CO₂-Zertifikate kaufen können.

Da ist vieles unausgegoren. Frau Ministerpräsidentin, wenn wir die Landesplanung wirklich als strategisches Instrument nutzen, schaffen wir es ja vielleicht, hier einiges gerade zu rücken. Wenn man sich auf diesen Weg begibt, werden wir uns sicherlich gerne beteiligen.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Ellerbrock, vom Kollegen Schmeltzer gibt es den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Gestatten Sie sie?

Holger Ellerbrock (FDP): Dem Kollegen Schmeltzer immer. Ich habe ihn immer geschätzt als Darstellung eines richtigen SPD-Funktionärs.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Bitte schön.

Rainer Schmeltzer (SPD): Ich überlege noch, ob das ein Kompliment war. Ich lese das noch einmal nach, Herr Kollege Ellerbrock. – Ich habe gerade sehr aufmerksam Ihre Ausführungen in Verbindung mit Klimaschutzplan und Landesentwicklungsplan sowie Ihre Schlussfolgerungen zur Kenntnis genommen. Daraus ergibt sich für mich folgende Frage: Sind Ihnen die konkreten Inhalte des Klimaschutzplans und des Landesentwicklungsplans schon bekannt, sodass Sie diese Schlussfolgerun-

gen ziehen können? Oder woher nehmen Sie Ihre Erkenntnisse?

Holger Ellerbrock (FDP): Wenn Sie richtig zugehört hätten, hätten Sie bemerkt, dass ich das Klimaschutzgesetz und nicht den Klimaschutzplan genannt habe.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist nachzulesen!)

Deswegen geht Ihre Frage fehl. Zuhören ist auch eine Fähigkeit. Deswegen ist das, was ich eben gesagt habe, durchaus als Kompliment zu verstehen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dafür haben wir ja ein Protokoll!)

Meine Damen und Herren, wir haben auch die sogenannten FOC – Stichwort: großflächiger Einzelhandel – angesprochen. Das ist eine schwierige Kiste. Ich befürchte, dass die Landesregierung hier ein vergiftetes Danaergeschenk der Kommunen aufgegriffen hat – mit den zahlreichen Detailregelungen, die spätestens in dem umfassenden Ausführungserlass erfolgen müssen. Die Stellungnahmen dazu sind positiv wie negativ. Allerdings führen die vielen darin enthaltenen unbestimmten Rechtsbegriffe nach meiner Erfahrung dazu, dass bald Klagen vorliegen werden.

(Beifall von der FDP)

Wichtig ist aber eines: Wenn wir einen Landesentwicklungsplan haben, Frau Ministerpräsidentin, und das als strategische Planung verstehen, müssen wir uns doch auch im Zusammenhang mit dem Klimaproblem fragen, worauf es bei der Energiewende ankommt. An allererster Stelle kommt es auf Speichertechnologien an – da sind Talsperren vielleicht eine Flächensache –, vor allem aber: Wie bekomme ich erneuerbare Energien in die Verbrauchszentren? – Ich muss also Leitungstrassen haben.

Da bitte ich Sie doch, den Gedanken noch einmal aufzugreifen und ihm nachzugehen – ich habe es, glaube ich, hier schon zweimal dargestellt –: Kann es in einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen nicht sinnvoll sein, dass wir in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft Leitungstrassen definieren – Planung ist ja nur so gut wie die Umsetzung – und die Landesplanung und die Regionalplanung als Serviceleistung ausbauen dergestalt, dass wir diese Trassen bei Bedarf auch verfügbar machen können?

Dafür könnten wir zum Beispiel, Frau Ministerpräsidentin, auch die NRW.BANK als Infrastrukturbank nutzen. Es könnten so Verträge mit Grundeigentümern dahin gehend geschlossen werden, für den Fall der Inanspruchnahme auf Einreden zu verzichten, und über eine Preisgleitklausel auch schon die Verkaufspreise dargestellt werden. Das wäre eine Serviceleistung, die wir sicherlich zusammen mit der Industrie im Sinne der strategischen Ausrichtung Nordrhein-Westfalens sinnvoll gestalten könnten.

Die Menschen dafür haben Sie sowohl in der Landesplanungsbehörde wie in den Regionalplanungsbehörden bei den Bezirksregierungen. Die können solche Moderationen machen; die können das. Nutzen wir die Chance und geben wir denen die Freiheiten und die Aufgabenstellung, das zu tun. Dann können wir auch in dem Bereich Energiewende in ganz praktischen Schritten mit dem Serviceinstrument Landesplanung vorankommen.

Ich bitte Sie also, zu überlegen: Ist es richtig, die Landesplanung zu Grabe zu tragen und eine Klimaschutzplanung zu machen, der sich alles unterzuordnen hat? Oder ist Landesplanung nach wie vor eine strategische Ausrichtung des Landes? – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen spricht Herr Kollege Goldmann.

Herbert Franz Goldmann (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ja gestehen, dass es mich mit großer Freude erfüllt, mich in meiner ersten Rede vor und in diesem Hohen Hause dem Thema Landesentwicklungsplan widmen zu dürfen – gehören doch Landesplanung und Raumordnung neben dem Haushaltsrecht zu den Königsdisziplinen eines jeden Landesparlamentes.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es erfüllt mich auch mit großer Genugtuung, dass nach nunmehr 17 Jahren der aktuell noch gültige LEP aus dem Jahre 1995 eine qualitative Fortentwicklung erfahren wird, die sich sehen lassen kann – legt der LEP doch die mittelfristigen strategischen Ziele zur räumlichen Entwicklung des Landes für ein Zeitfenster von rund 15 Jahren fest. Natürlich ist Nordrhein-Westfalen kein sogenannter weißer Fleck. Nordrhein-Westfalen ist überplant. So baut der kommende LEP auf frühere LEPs und den flächendeckend vorliegenden Regionalplänen auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir einige fachliche Hinweise zum LEP. Mit Blick auf das von meinen Vorrednern Gesagte habe ich den Eindruck, dass es durchaus Aufklärungsbedarf hinsichtlich der Strukturen und der Aufgabenerfüllung, was den LEP angeht, gibt.

Die Landesentwicklungsplanung stellt viele Weichen für die Zukunft unseres Landes. Der LEP gibt die Richtung vor, die später durch die Regional- und Bauleitplanung im Sinne des Gegenstromprinzips konkretisiert wird. Hierbei geht es insbesondere um eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt.

Selbstverständlich ist, dass es einer vertrauensvollen Kooperation zwischen allen Planungsebenen bedarf. Ich unterstelle einmal, dass die Notwendigkeit zur Fortschreibung und Aktualisierung des LEP von allen politischen Kräften dieses Hauses einvernehmlich gesehen wird. Dennoch wird es sicherlich – da gebe ich mich keinen Illusionen hin – auch bei diesem Thema zu kontroversen Auseinandersetzungen in der Sache kommen.

Die Ressortabstimmung zur aktuellen LEP-Planung – das werden Sie wissen – ist weitestgehend abgeschlossen, sodass davon auszugehen ist, dass nach Beschluss der Landesregierung das gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren noch in 2012 eingeleitet und in 2013 weitestgehend durchgeführt werden wird.

Wie Sie dem Koalitionsvertrag entnehmen konnten und worauf Kollege Schmeltzer schon hingewiesen hat, ist das vorrangige formale Ziel des neuen LEP die inhaltliche Zusammenfassung des alten Landesentwicklungsprogramms und des Landesentwicklungsplans in einem Planwerk. Liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie sicher: Die rot-grüne Koalition wird sich die Chance, grundsätzliche Maßstäbe zu setzen und wegweisende Weichenstellungen vorzunehmen, nicht nehmen lassen.

Ich möchte Ihnen angesichts der kurzen Redezeit wenigstens stichwortartig drei Schwerpunkte zum LEP 2025 kurz vorstellen, die uns im anstehenden Beteiligungsverfahren wesentlich begleiten werden.

Gerade wurde es schon angesprochen: Klimaplan, Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel werden in diesem LEP erstmalig formulierte eigenständige Ziele bzw. Grundsätze der Raumordnung sein. In NRW emittieren wir rund ein Drittel der bundesweiten Treibhausgase. NRW ist damit in einer besonderen Verantwortung zum Beispiel im Hinblick auf die Ausweisung von Standorten zur Nutzung und Speicherung erneuerbarer Energien, aber auch was die Ausweisung von Trassen für zusätzlich benötigte Energieleitungen angeht.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Weiterer wesentlicher Schwerpunkt ist das Ziel des Flächensparens. Dem Leitbild folgend, in NRW den täglichen Flächenverbrauch bis zum Jahre 2020 auf fünf Hektar und langfristig auf null zu reduzieren, trägt der neue LEP der zu erwartenden Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung Rechnung. Aber natürlich wird der LEP, um allen Befürchtungen vorzugreifen, für eine bedarfsgerechte Flächensicherung für die Bereiche Wohnen, Gewerbe und Industrie sorgen.

Ein weiteres grünes Thema, dem man sich mittlerweile nicht verschließen kann und dessen zentrale Position im LEP mich deshalb besonders freut, ist das Ziel des Ressourcenschutzes und der ökologischen Nachhaltigkeit, beispielhaft in der räumlichen Festlegung für die Sicherung und den Abbau ober-

flächennaher Bodenschätze für nicht energetische Rohstoffe durch vorgegebene Versorgungszeiträume. Hierdurch werden wir die Rohstoffversorgung in NRW langfristig absichern können.

Als Sprecher für Landesentwicklungsfragen der grünen Fraktion dieses Landtags sehe ich, dass die Staatskanzlei auf einem guten Weg ist. Ich freue mich insbesondere auf einen konstruktiven Dialog mit den Verbänden, mit den kommunalen Vertretern sowie mit der Bürgerschaft. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Goldmann. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Abgeordnete Marsching.

Michele Marsching (PIRATEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! „Ich habe keine Lust, über irgendwelche Altlasten zu reden“, das habe ich hier gehört. „Wir gegen ihr“ hörte sich schon wieder an, als wenn ich Karten kaufen müsste. – Das Klimaschutzgesetz war Thema.

Wir hätten so schön reden können über offenere Planungsverfahren, über Bürgerbeteiligung im Landesentwicklungsplan. Das haben wir nicht. Keine Fraktion hat irgendeinen Antrag gestellt. Anscheinend ist das Ding zustimmungsfähig.

Wir haben damit kein Problem. Wir beantragen Einzelabstimmung zu dem Einzelplan 02 und werden diesem Punkt zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Marsching. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Raumordnung rückt leider regelmäßig immer erst dann in das Bewusstsein, wenn über die Abwägung unterschiedlicher Ansprüche an den Raum bzw. über die Zulässigkeit bestimmter Vorhaben gestritten wird. Dadurch entsteht leicht der falsche Eindruck, Raumordnung sei restriktiv und behindere die wirtschaftliche Entwicklung.

Tatsächlich aber werden durch die rahmensetzenden Festlegungen der Landes- und Regionalplanung in der Regel zeitraubende Auseinandersetzungen in den nachfolgenden Zulassungen und Genehmigungen vermieden. Außerdem können durch diese Festsetzungen zum Teil immense Schäden vorsorgend vermieden werden. Man kann als Beispiel auf das raumordnerisch gebotene Freihalten hochwassergefährdeter Bereiche hinweisen.

Meine Damen und Herren, durch die Auflösung des Landtags im März dieses Jahres ist auch die Arbeit am Entwurf des LEP unterbrochen worden. Zurzeit läuft die Ressortabstimmung. Wegen der unterbrochenen Arbeiten am Gesamt-LEP wurde aber ein sachlicher Teilplan „Großflächiger Einzelhandel“ vorgezogen ins Verfahren gegeben, um zu diesem wichtigen Sachbereich möglichst schnell Planungssicherheit zu schaffen. Herr Schmeltzer hat schon darauf hingewiesen, dass hier die Vorgängerregierung versagt hat.

Das Beteiligungsverfahren hierzu ist abgeschlossen. Zurzeit werden die Stellungnahmen ausgewertet. Dabei wird zu entscheiden sein, ob stringenter Vorgaben notwendig sind oder ob den Kommunen weiterer Entscheidungsspielraum einzuräumen ist.

Wir wollen eine rechtssichere Regelung erreichen, die unsere Innenstädte in ihrer zentralen Versorgungsfunktion stärkt.

Ich möchte auch kurz einen Hinweis auf die finanzielle Ausstattung dieser Planungsarbeit geben. Es ist anzumerken, dass von den 2 Millionen € der Landesplanung ca. 1,2 Millionen € durch langfristige Verpflichtungen, insbesondere zur Finanzierung des RVR als staatlicher Regionalplanungsbehörde und für Leistungen des Geologischen Dienstes gebunden sind. Die frei verfügbaren Mittel der Landesplanungsbehörde für Gutachten, Anwaltsleistungen und andere Sachausgaben sind insofern wie bisher ausgesprochen bescheiden.

Meine Damen und Herren, um in NRW ein einheitliches und zukunftsfestes Planungsrecht zu schaffen, ist vorgesehen, zukünftig Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplanung zusammenzuführen. Nachhaltige Raumentwicklung und veränderte gesellschaftliche Erfordernisse an die Nutzung des Raumes sollen eine stärkere Fokussierung erfahren. Diese Fokussierung hat Herr Schmeltzer schon dargelegt. Ich kann das nur unterstreichen und brauche es nicht zu wiederholen.

Zum Verfahrensablauf im Einzelnen möchte ich aber darauf hinweisen, dass sich der LEP-Entwurf zurzeit in der Schlussphase der Ressortabstimmung befindet und dass der Landtag selbstverständlich zeitnah über den Kabinettsbeschluss informiert wird. Daran schließt sich ein aufwendiges Beteiligungsverfahren an. Alle Kommunen und relevanten Organisationen werden um Stellungnahme gebeten. Außerdem – das will ich betonen, Herr Marsching – findet eine allgemeine Öffentlichkeitsbeteiligung im Zuge eines Onlineverfahrens statt.

Die formelle Befassung des Landtages ist in dem gesetzlich geregelten Verfahren zur Aufstellung des neuen LEP nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens vorgesehen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein paar Anmerkungen zur Landesplanung und zum Klimaschutz machen. – Herr Ellerbrock, es ist richtig,

dass wir ausreichende Speicherkapazitäten und intelligente Netze zur Umsetzung der Energiewende und dem Umstieg auf erneuerbare Energien benötigen. Die rechtlichen Voraussetzungen für den Netzausbau schaffen wir in Übereinstimmung mit dem Bundesrecht über Raumordnungsverfahren, wobei der LEP hierzu keine konkreten räumlichen Vorgaben machen kann.

Das Thema „Klimaschutz“ soll mit der Novelle des LEP als besonderer Abschnitt zusammen mit der Klimafolgenanpassung und parallel auch in den einzelnen Fachkapiteln in die Landesplanung aufgenommen werden. Ohne dass ich jetzt hier wegen der abgelaufenen Redezeit auf weitere Details eingehen kann, können Sie sicher sein, dass es unser Bestreben ist, die Klimaschutzziele, die landesentwicklungspolitischen Ziele in großer Übereinstimmung, in großer Sachlichkeit und mit großer Öffentlichkeitsbeteiligung voranzubringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Zu dem Teilbereich Landesplanung liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen damit zum

Teilbereich Europa und Eine Welt

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Rehbaum von der CDU-Fraktion zu seiner Jungfernrede.

(Beifall von der CDU)

Henning Rehbaum (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, das ist meine erste Rede in diesem Hohen Haus. Und diese Haushaltsberatungen sind schon gewöhnungsbedürftig. In meiner bisherigen Tätigkeit war ich für die pünktliche Einbringung der Wirtschaftspläne einer größeren kommunalen Unternehmensgruppe zuständig. Unser Aufsichtsrat bestand auf eine frühzeitige Einbringung des Haushalts noch im alten Jahr, spätestens aber Anfang Januar.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Für die rechtzeitige Einbringung haben die Mitarbeiter samt Geschäftsführung zwischen Oktober und Dezember oft bis in die tiefe Nacht gearbeitet.

Unter dieser Regierung ist das allerdings anders. Da dürfen wir über einen Haushalt beraten, der sich schon längst erledigt hat – und das bis in die tiefe Nacht.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Fest steht: Die rot-grüne Landesregierung hat das größte Bundesland Deutschlands mehr als zehn Monate im finanziellen Blindflug und ohne Rückenbedeckung des Parlaments geführt.

(Beifall von der CDU)

Zum Teilhaushalt Europa und Eine Welt.

Wir müssen leider feststellen, dass die rot-grüne Landesregierung in diesem Bereich Prioritäten in die falsche Richtung verschiebt, die Abgeordneten allerdings gleichzeitig mit gegenteiligen Aussagen ablenkt. Seit dem Regierungswechsel 2010 ist der Haushalt für Europa und Eine Welt um 720.000 € angestiegen. Ob dies von der Regierung bewusst gewollt war oder aus Versehen passiert ist – beides ist nicht zu akzeptieren. Und wieder finden wir hier eine Haushaltsposition, bei der das zuständige Ministerium nicht zum Abbau der Neuverschuldung beiträgt.

Obwohl sie beteuert, die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Beneluxraum gehöre – Zitat – zu den Schwerpunkten der europäischen Beziehungen des Landes NRW – Zitatende –, hat die Regierung im selben Zeitraum die Mittel für die Pflege der Beziehungen zu unseren direkten Nachbarstaaten Belgien und Holland sowie zu Luxemburg um fast 60.000 € gekürzt. Dies ist das falsche Signal.

(Beifall von der CDU)

Für unsere Nachbarn muss eine solche Umschichtung fast wie ein Affront wirken: hier die Kürzung der Mittel für gute nachbarschaftliche Beziehungen, dort der massive Ausbau von Projekten in der großen weiten Welt mit einer Mittelausweitung von mehr als einer halben Million Euro.

Die CDU begrüßt vernünftige Beziehungen zu Frankreich, Polen, Großbritannien, den USA und Israel. Ein gesunder Dialog zu diesen Staaten steht uns als größtes deutsches Bundesland gut zu Gesicht.

Interessant ist an dieser Stelle: Den von der CDU-geführten Landesregierung ins Leben gerufenen Deutsch-Französischen Dialog hatten Sie bereits 2011 gestrichen, ersetzten ihn aber nur ein Jahr später durch den sogenannten Frankreich-NRW-Dialog – allerdings für schlappe 70.000 € mehr. So viel also zu Häppchen und Sekt, Herr Töns!

(Beifall von der CDU)

Über die Frage, ob ein Bundesland mitten in Europa sein Engagement zu seinen Nachbarländern in diesen Zeiten verringern und sich dafür vermehrt in der Dritten Welt engagieren sollte, kann man geteilter Meinung sein. Wir als CDU sind der Auffassung, dass die Pflege der nachbarschaftlichen Beziehungen, insbesondere zu Belgien und den Niederlanden, absolute Priorität haben muss.

Beim Eisernen Rhein hätten wir bereits um einiges weiter sein können, wenn das zuständige Ministerium den Kontakt nach Brüssel und Den Haag lebendig gehalten hätte. Aber was will man erwarten, wenn die Beneluxstaaten bereits im Haushalt wie ein Stiefkind behandelt werden.

Fazit: Der Gesamtetat für Europa und Eine Welt ist aus dem Ruder gelaufen. Wir können keinerlei Kraftanstrengung erkennen. Außerdem setzt der Haushalt 2012 abgesehen von kleinsten kosmetischen Korrekturen leider die Verschiebung der Schwerpunkte in die falsche Richtung fort: mehr Eine-Welt-Projekte mit hohem Mittelzuwachs auf Kosten wichtiger Nachbarschaftspflege mit Belgien und Holland, an der die Landesregierung offensichtlich wenig Interesse hat.

Die CDU-Fraktion lehnt den Teilhaushalt 2012 für Europa und Eine Welt unter solchen Vorzeichen ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Töns.

Markus Töns (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Rehbaum, erst einmal beglückwünsche ich Sie zu Ihrer Jungfernrede heute hier –

(Allgemeiner Beifall – Henning Rehbaum [CDU]: Danke!)

wenn sie inhaltlich auch am Thema vorbeigeht.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber darüber lässt sich an der einen oder anderen Stelle ja auch noch diskutieren. Wir können das ja mal machen. Ob es beispielsweise bei deutsch-französischen Gesprächen Champagner gab, weiß ich nicht. Aber ich weiß, dass es den auf dem Petersberg gab. Und das ist, glaube ich, ein entscheidender Unterschied.

Es lässt sich viel sagen zu Ihrer Rede. Ich will jetzt trotzdem ein paar Kernpunkte des Haushalts im Zuständigkeitsbereich des MBEM ansprechen.

Seit dem Regierungswechsel 2010 bekommen Europapolitik und Eine-Welt-Politik nach unserer Überzeugung wieder den Stellenwert, den diese Politikfelder auch verdienen. NRW macht endlich wieder Europapolitik und nutzt seinen Sachverstand in europäischen Fragen. Das war lange nicht der Fall, Herr Kollege. Es war dringend notwendig, da den Schalter umzulegen.

Wir haben nun endlich eine Ministerin, die in Brüssel ankommt, die in Brüssel wahrgenommen wird und dort Gespräche führt. Wir haben eine Minister-

präsidentin, die sich in Brüssel auskennt und dort Gespräche führt. Wir haben Minister, die das tun. Das hat es unter der schwarz-gelben Landesregierung lange Zeit nicht gegeben.

(Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Sie wissen das sehr genau, Herr Laumann.

Das ist notwendig vor dem Hintergrund der Bedeutung NRWs innerhalb der Europäischen Union. Da gebe ich Ihnen recht. Wir sind im Übrigen die größte Region Europas. Wir sind somit auch die größte Region mit Gesetzgebungskompetenz innerhalb der EU und haben deshalb auch besonderes Gewicht. Insofern sage ich auch: Die Landesvertretung in Brüssel ist endlich wieder gut aufgestellt und nimmt ihre Rolle als sogenannte Botschaft NRWs wahr.

Aber von entscheidender Bedeutung ist – das macht, glaube ich, den Politikunterschied klar –, dass die Landesvertretung wieder als Frühwarnbehörde innerhalb des Systems der Europäischen Union agiert. Frühzeitig zu erkennen, wo die Probleme liegen, was für Nordrhein-Westfalen wichtig ist und wie wir es angehen können, das hat es nicht gegeben. Es war im Prinzip eine Veranstaltungsbehörde. Unter Ihrer Ägide ist die Landesvertretung leider nicht der Verantwortung gerecht worden, wie sie es hätte tun müssen.

Lassen Sie mich grundsätzlich etwas zum Haushalt sagen: Das Ressort verfügt insgesamt nur über begrenzte Mittel. In den Kapiteln Europa, Internationale Angelegenheiten und Eine Welt sowie Landesvertretung Brüssel umfasst unser Budget insgesamt 13,7 Millionen €. Das sind exakt 0,23 % des Gesamthaushalts bzw. 11,5 % des Einzelplans 02. Aber auch damit können wir wichtige Vorhaben entschieden angehen, und das machen wir.

An dieser Stelle könnte man eine Menge aufzählen, wie zum Beispiel die Stärkung der Europaschulen, die Weiterentwicklung der internationalen Zusammenarbeit, die Weiterentwicklung der Beziehungen zum Beneluxraum. Da haben wir nicht den Fehler gemacht, wie Sie in Ihrer Regierungszeit, indem Sie erklärt haben: Wir wollen dem Beneluxraum beitreten.

(Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren: Worüber die sich heute noch wundern!)

– Worüber die sich heute – richtigerweise – noch wundern und was auch rechtlich überhaupt nicht möglich ist. Das muss man wissen.

Wir intensivieren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im sogenannten regionalen Weimarer Dreieck.

Von besonderer Bedeutung ist für uns gerade in diesem Haushalt aber das Thema der Europafähigkeit der Kommunen. Die Städte und Gemeinden müssen weiter fit gemacht werden für die Anforderungen, die in Europa auf sie warten. Eine Landes-

regierung darf die Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben nicht alleinlassen, und das tut diese Landesregierung auch nicht. Die Europaministerin kümmert sich um die Belange der Kommunen. Im Übrigen nimmt die gesamte Landesregierung die Kommunen seit 2010 endlich wieder ernst, und zwar nicht nur in dieser Frage, aber hier ganz besonders. Das war unter Schwarz-Gelb nicht der Fall.

Genauso ist in den Fokus gerückt, die Landesverwaltung europapolitisch zu stärken. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt; das macht heute eine moderne Landesverwaltung aus.

In der Eine-Welt-Politik werden wir unserer Verantwortung genauso gerecht. So haben wir die Zusammenarbeit mit den Regionen Mpumalanga und Ghana verstärkt. Das Koordinatorenprogramm wird weitergeführt. Die Landesregierung unterstützt auch die Initiativen zum fairen Handel, wie zum Beispiel die Messe FAIR in Dortmund. Wir stärken die kommunale Entwicklungszusammenarbeit, und wir sorgen dafür, dass der internationale Standort Bonn seine Bedeutung behält, was nicht ganz einfach ist. So haben wir in diesem Jahr die dritte Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik unterstützt.

Wir werden weiter darauf achten, dass wichtige entwicklungspolitische Impulse von NRW ausgehen, und das nicht mit mehr Personal, sondern mit einem soliden Haushaltsentwurf 2012. Das zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg. Den werden wir weiter beschreiten. – Glück auf!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Töns. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Töns, ich kann Ihnen bescheinigen, dass Sie eine selektive Wahrnehmung der Realität haben. Die Landesvertretung in Brüssel war und ist unsere Außenschaltstelle für Europa. Sie hat unter Schwarz-Gelb hervorragend gearbeitet. Wenn Sie nicht mitbekommen haben, dass die Minister Pinkwart und Wolf regelmäßig vor Ort waren, mag das vielleicht an der beschränkten Zeitungsauswahl liegen, die Ihnen zur Verfügung stand. Das kann so nicht stehen bleiben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Vor Ort zu sein hat nichts mit Qualität zu tun!)

Frau Dr. Schwall-Düren, ich will ausdrücklich sagen: Ich kritisiere nicht die Ausgaben im Kapitel 02 030, Verbesserung der Europafähigkeit. Jeder Euro, den wir da anlegen, ist gut angelegt. Wir liegen in einer zentralen Region Europas und müssen die Kommunikationsfähigkeit mit den Nachbarn stärken. Da-

rauf bezieht sich keinerlei Kritik: das will ich hervorheben.

Damit will ich betonen: Wir als FDP sind nicht europamüde. Wir haben keine Euro-Krise, sondern eine Staatsschuldenkrise. Wir alle haben über unsere Verhältnisse gelebt. Der Fiskalpakt ist ein Exportmodell Deutschlands für andere Länder. Wir hoffen, die Staatsschuldenkrise damit lenken und steuern zu können. Allerdings: Wer anderen Leuten aufbürdet, zu sparen, muss das auch selbst tun. Unseren Haushalt bei sprudelnden Steuerquellen mit einer Nettoneuverschuldung weiter hochzufahren, ist sicherlich der falsche Weg.

Im Kapitel 02 040, Internationale Angelegenheiten und Eine Welt, reduzieren Sie nicht, sondern satteln noch 145.000 € obendrauf. Die Nicht-EU-Auslandsbeziehungen wurden hochgefahren. Was ist da gemacht worden? – Workshops, Konferenzen. Gut, dass man drüber gesprochen hat. Wir fragen uns oft: Was ist denn konkret herausgekommen? Im Gegensatz dazu – das ist das Gefährliche – wird die Unterstützung des Amerika Hauses in Köln zurückgefahren. – Vorsicht an der Bahnsteigkante!

Meine Damen und Herren, die kommunale Entwicklungsarbeit zu fördern, ist gut gemeint. Aber das Gegenteil von gut ist nicht schlecht, sondern eben gut gemeint. Die Mittel werden nicht abgerufen, weil die Kommunen selbst die Mittel nicht haben oder auch nicht das Interesse. Wenn ich unseren Staatsaufbau noch einigermaßen im Kopf habe, dann ist der Bund für die Auslandsbeziehungen zuständig. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit sitzt in Nordrhein-Westfalen. Wir verfügen also über hervorragende Vernetzungsmöglichkeiten mit den hochkompetenten Sachverständigen. Den Etat Kommunale Zusammenarbeit hätte man gerade in Kenntnis der beschränkten Leistungsfähigkeit der Kommunen zurückfahren sollen. Die Aufgabenverteilung in Bezug auf den Bund ist ganz klar.

Dann gibt es – Herr Töns hat es auch angesprochen – die Koordinatoren für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Was ist denn die Aufgabe der Koordinatoren? – Die Koordinatoren geben Anstöße für global verantwortlich und vernetztes Denken und Handeln, thematisieren Fragen der Entwicklungszusammenarbeit in der Öffentlichkeit, interessieren für eine weltoffene Gesellschaft und aktivieren zu einem Eine-Welt-Engagement. Sie vernetzen die Akteure und schaffen dabei neue Möglichkeiten des Engagements. Der Begriff „heiße Luft“, der hier drinsteht, ist ein Begriff, von dem ich als Verwaltungsmensch schon weiß, wie ich ihn zu interpretieren habe: Viel, viel heiße Luft! – Und was ist dabei herausgekommen?

(Beifall von der FDP)

Was für Mittel sind das? 880.000 € für 23 Koordinatoren sind pro Koordinator 38.000 €, die dieser für

seine Koordinationstätigkeit bekommt. Dabei handelt es sich um Personal- und Sachkostenzuschüsse. Das muss man ebenfalls berücksichtigen. Aber für ein Jahresgehalt von 38.000 € oder ein Monatsgehalt von gut 3.000 € muss ein normaler Arbeitnehmer relativ lange arbeiten, ohne dass wir ...

(Widerspruch von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Natürlich sind dort Drittmittel enthalten. Aber man muss nicht alle Drittmittel aufgreifen, wenn das keinen konkreten Hintergrund hat.

Mein Kollege Wolf nennt das immer in der ihm eigenen Art der Kurzfassung und prägnanten Darstellung ein „Eine-Welt-Consulting zu Luxusbedingungen auf Staatskosten“. In einem anderen Haushalt gibt es den Europäischen Fonds für Regionalentwicklung und Bildungszusammenarbeit, aus dem 4 Milliarden € von Europa zu uns zurückfließen. Müssen wir das noch unterstützen, selbst wenn es sich um Komplementärmittel handelt? Man muss nicht jedes Mittel aufgreifen, wenn man selbst insolvent und dem Sparen verpflichtet ist.

Meine Damen und Herren, wir müssen nicht über jedes Stöckchen springen, das uns andere hinhalten. Es gibt dort viele Leute, darunter Gutmenschen und gute Menschen. Nur: Der Unterschied zwischen „Gutmenschen“ und „guten Menschen“ ist der, dass die guten Menschen Geld geben, das sie selbst erarbeitet und versteuert haben. Hier aber sind viele Gutmenschen dabei, die öffentliches Geld schön verteilen wollen. Dafür reichen wir nicht die Hand. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Engstfeld.

(Zwischen Holger Ellerbrock [FDP] und Stefan Engstfeld [GRÜNE] findet ein heftiger Wortwechsel statt.)

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Kollege Ellerbrock, ich sage es Ihnen einmal von hier aus: Ich lasse mich von Ihnen sehr gerne als „Gutmensch“ beschimpfen. Dazu stehe ich. Die Leute, die sich dort engagieren, leisten eine wertvolle Arbeit. Immer wieder Ihre Masche und Leier, die Sie auch vor zehn Jahren schon erzählt haben könnten! Wir haben das Koordinatorenprogramm vor ca. zehn Jahren unter Rot-Grün eingeführt. Es hat sich als sehr erfolgreich erwiesen. Wir werden es weiter stabilisieren. Es ist absolut vernünftig, das so zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Es war eben nicht vernünftig!)

Meine Damen und Herren, die Krise in Europa ist immer noch allgegenwärtig. Tagtäglich gibt es neue, positive wie negative Nachrichten, politische Willenskundgebungen, gute und schlechte Lösungsvorschläge. Doch über all diese übergreifenden und oft nur allzu abstrakten Themen hinweg dürfen wir nicht vergessen, dass Europa vor Ort beginnt, in den Kommunen und hier im Land. Hier gilt es, den Funken eines friedlichen und nachhaltigen Europagedankens zu zünden und vor dem Erlöschen zu bewahren.

Im Herzen Europas gelegen, hat Nordrhein-Westfalen den Vorteil, geographisch gleich vier Gründungsstaaten der Europäischen Integration um sich herum zu haben. Sowohl Frankreich als auch den Benelux-Staaten ist unser Land sehr verbunden. Die Ministerpräsidentin war letzstens noch dort. Hinzu kommt der enge und intensive Kontakt zu Polen.

Wir pflegen mit Sorgfalt unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen. Gleichwohl bedeutet dies nicht, dass wir dabei unkritisch jede Entwicklung in unseren Nachbarstaaten hinnehmen müssen. Damit die Intensivierung unserer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn weiter voran gebracht werden kann, wurden bestehende Landesmittel umgeschichtet, sodass in diesen Bereichen weitere 110.000 € bereitstehen. Das finden wir sehr erfreulich.

Die Krise in Europa hat uns nämlich gezeigt: Grenzüberschreitende und internationale Zusammenarbeit und Solidarität sind wichtig, um den erreichten ideellen und materiellen Wohlstand in Europa zu halten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahr ist erfolgreich beendet worden. Ich bin sicher, dass die Veranstaltungen, die in diesem Rahmen stattgefunden haben, die Beziehungen zu unserem Nachbarn Polen nachhaltig verbessern konnten.

Im Jahr 2013 steht das 50-jährige Bestehen des Élysée-Vertrages vor der Tür. Auch hierfür sind Haushaltsmittel eingestellt. Das ist ein gutes und wichtiges Zeichen für die deutsch-französische Freundschaft und unsere Partnerregion Nord-Pas-de-Calais.

Meine Damen und Herren, der Kollege Töns hat es bereits ausgeführt: Wir müssen im Europabereich mit vergleichsweise sehr kleinen Beträgen zurechtkommen. Der mit rund 2,8 Millionen € geringe Anteil des Europakapitels am Gesamthaushalt von nicht einmal 0,005 % macht deutlich: Hier lassen sich keine relevanten Summen einsparen. Jeder gestrichene Euro kann hier das Aus für eine Maßnahme bedeuten, von denen es ohnehin schon viel zu wenige gibt.

Auf eigene europapolitische Maßnahmen kann man aber nicht verzichten. Ich möchte alle anderen Fraktionen dazu einladen, gemeinsam mit uns am „Haus Europa“ zu bauen und mit Blick auf den kommenden Haushalt 2013 nicht auf unrealistische Einsparvorschläge zu setzen.

Meine Damen und Herren, genauso, wie Europa vor Ort beginnt, liegt auch der wichtige Beitrag der Eine-Welt-Politik. Herr Kollege Rehbaum, vielleicht machen Sie einmal mit dem Kollegen Laschet einen Termin bei Miserior in Aachen aus und lassen sich dort die begrifflichen Unterschiede zwischen „Dritter Welt“ und „Eine Welt“ erklären. Trotzdem: Glückwunsch zu Ihrer Jungfernrede!

Bei uns vor Ort in den Kommunen liegt auch ein wichtiger Baustein der Eine-Welt-Politik. Im Zuge ihrer Städtepartnerschaften und örtlichen Eine-Welt-Initiativen, aus denen so zahlreiche Organisationen und Vereine in NRW hervorgegangen sind, kommt ihnen eine zentrale Bedeutung einer internationalen Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu. Das Land muss gewährleisten, dass dies in Zukunft weiter möglich ist.

Ich bin froh, dass wir für die diesjährige 3. Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik die notwendigen Mittel von 220.000 € aufbringen konnten. Die Konferenz fand bereits im Januar statt und war mit rund 800 Teilnehmern ein voller Erfolg in Richtung auf eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Eine-Welt-Politik.

Die wichtigste, wenngleich nicht überraschende Erkenntnis war: Eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit beginnt vor Ort!

Mit knapp 6,5 Millionen € liegt der diesbezügliche Anteil für die Eine-Welt-Arbeit am Gesamthaushalt bei rund 0,01 %.

Umso erfreulicher ist es, dass wir das gestiegene Niveau von 2011 im Haushalt 2012 fortschreiben konnten.

Die Eine-Welt-Arbeit wird in Nordrhein-Westfalen durch ein bundesweit einmaliges Programm gefördert. Mit Impulsen aus 15 Regionalstellen – ich spreche von „Impulsen“, Herr Kollege Ellerbrock – und acht Fachstellen wird die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Land gestärkt und weiterentwickelt. Die Koordinatoren geben Anstöße für global verantwortliches und vernetztes Denken und Handeln, thematisieren Eine-Welt-Fragen in der Öffentlichkeit, wecken das Interesse für eine weltoffene Gesellschaft und motivieren zum Eine-Welt-Engagement. Sie vernetzen die Akteure und schaffen damit neue Möglichkeiten des Engagements. Mit Multiplikatoren aus allen gesellschaftlichen Bereichen setzen sie Bildungsprojekte in die Tat um und beraten Akteure dabei, ihr Engagement wirkungsvoll weiterzuentwickeln.

Gut, dass es hier durch den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen Rückenwind gibt.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende.

Sie sehen an diesen ausgewählten Beispielen: Nordrhein-Westfalen wird mit diesem Haushalt seiner Internationalität, seiner europäischen und seiner globalen Verantwortung weiterhin gerecht, und das ist auch gut so. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Für die Piratenfraktion spricht Kollege Kern.

Nico Kern (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste im Saal und im Stream! Ich habe gestern bereits festgestellt, es muss noch viel getan werden zur Überwindung der europäischen Krise. Wir Piraten bleiben dabei: Die Lösung kann nur in einer Rückbesinnung auf die Belange der Bürger in Europa liegen

(Beifall von Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

und nicht in immer mehr Machtkonzentration in Brüssel. Europa muss in den Regionen nah am Bürger und direktdemokratisch stattfinden. Nordrhein-Westfalen als größte Region innerhalb der Union kann den richtigen Kurs setzen und voranschreiten.

Die Landesregierung hat dies laut Koalitionsvertrag auch erkannt, in dem es heißt – ich zitiere mit Verlaub –:

„Wir wollen das aktive Engagement in und für Europa erleichtern und dazu die notwendigen Voraussetzungen schaffen.“

Das sind schöne Worte. Wir werden sehr genau darauf achten, wie die Landesregierung diesen Ansprüchen gerecht werden will.

Der Haushaltsentwurf sieht zum Beispiel moderate Mehrausgaben zur Förderung der Europafähigkeit der Kommunen vor. Dies ist ein richtiger Ansatz. Nur: Ein öffentlicher Auszeichnungswettbewerb für europäische Kommunen kann unserer Ansicht nach nicht die Lösung aller Probleme sein; sie ist nur ein Baustein. Ich vermisse ein wenig die klaren inhaltlichen Leitlinien. Diskussionsrunden und Infobroschüren ersetzen keine europapolitische Landesstrategie.

Ähnlich sieht es bei der Eine-Welt-Politik aus. Außer wohlklingenden Allgemeinplätzen haben wir zur

Ausgestaltung der Entwicklungspolitik des Landes bisher nicht viel gehört. Wir erwarten gespannt die neue Eine-Welt-Strategie, die uns im Landtag noch dieses Jahr vorgestellt werden soll.

Dennoch möchte ich betonen: Wir Piraten unterstützen ausdrücklich die europa- und entwicklungspolitische Grundausrichtung der Landesregierung. Nun müssen Sie jedoch den Worten auch Taten folgen lassen. Kurzum: Die Landesregierung wird sich nicht an den Zahlenspielen im Haushaltsentwurf messen lassen müssen, sondern an der Qualität der daraus entstehenden Politik. Auf die konstruktive Mitarbeit der Piraten können Sie dabei zählen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land in Deutschland, in Europa und in der Welt. Entsprechend müssen wir unsere Interessen vertreten, aber auch Verantwortung übernehmen. Wenn wir das Thema „Europapolitik“ nehmen, so geschieht das vor allen Dingen in drei Elementen – ich nenne das die drei Ks –: Koordination, Kooperation und Kommunikation.

Dazu ist festzuhalten, die Mitgestaltung der Europäischen Union, wie von Ihnen angesprochen, Herr Kern, erfolgt hier in der Landesverwaltung mit ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ohne weitgehende zusätzliche Mittel und in der Landesvertretung in Brüssel. Es geht um Informations- und Lobbyarbeit. Es geht um die Vorbereitung von Bundesratsstellaufnahmen, um auf die weitere europäische Entwicklung Einfluss zu nehmen. Es geht um Subsidiaritätsprüfungen und vieles andere mehr. Es geht darum, dass wir mit den anderen Akteuren zusammenarbeiten und das kommunizieren, was in Europa gestaltet werden muss, welche Chancen wir haben, welche Notwendigkeiten und Risiken bestehen.

Dazu haben wir verschiedene Ansätze. Genannt worden ist schon die weitere Zertifizierung und Vernetzung der Europaschulen, ein ganz wichtiges Feld, in dem den jungen Menschen deutlich wird, welche Chancen sie haben. Sie werden aber auch qualifiziert über das Angebot an Mehrsprachigkeit, über interkulturelle Kompetenz, über Zusammenarbeit mit internationalen Partnern und über Austauschprogramme.

Und es geht um die Stärkung der Europaaktivitäten der Kommunen, damit sie einerseits ihre Interessen einbringen, von den europäischen Programmen

profitieren, aber ihrerseits auch Kommunikation mit den Bürgern und Bürgerinnen betreiben können.

Nicht zuletzt geht es um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren Partnern in Benelux, Polen und Frankreich.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass wir in all den Jahren immer wieder unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt haben. Das war im vergangenen Jahr bis Mitte 2012 das Polen-NRW-Jahr, und jetzt steht das Jubiläum des Élysée-Vertrags an. Wir werden insbesondere mit unserer Partnerregion Nord-Pas de Calais einige Akzente setzen.

Es ist aber überhaupt nicht so, dass es irgendeine Vernachlässigung unserer Zusammenarbeit im Beneluxraum gegeben hätte. Da haben wir die Euregios. Wir haben die Zusammenarbeit mit den Niederlanden in der Cross-Initiative. Wir sind über eine Zusammenarbeit mit der Benelux-Union vernetzt.

Und meine Damen und Herren, um ein Beispiel zu nennen, jetzt gibt es zum ersten Mal Bewegung beim Eisernen Rhein, weil die Ministerpräsidentin gerade in diesen Tagen Gespräche geführt hat – genauso wie andere Ressortkollegen in der Vergangenheit. Wir haben eine neue Offenheit gefunden und würden uns sehr freuen, wenn Sie bei der Bundesregierung unsere Position mit unterstützen würden, damit der einstimmige Antrag des Landtags dort Gehör findet, dass wir auf die historische Trasse verzichten müssen und bei der A 52 eine sinnvolle Alternative haben.

Lassen Sie mich noch kurz zum Bereich der internationalen Zusammenarbeit kommen. Auch dort gilt, dass wir unsere Interessen vertreten und Verantwortung übernehmen müssen. Ein Wort zur Dritten Bonner Konferenz der Entwicklungspolitik: Sie hätte ursprünglich im vergangenen Jahr stattfinden sollen, konnte aber erst in diesem Jahr stattfinden. Deshalb haben wir hier einen entsprechenden Haushaltsaufwuchs gehabt. Das ist die Erklärung. Herr Engstfeld hat darauf hingewiesen, welche positiven Implikationen diese Konferenz gebracht hat.

Lassen Sie mich das Koordinatorenprogramm noch einmal ansprechen. Es ist so erfolgreich, dass der Bund das jetzt kopieren will.

Lieber Herr Ellerbrock, ich muss Ihnen schon sagen: Der Begriff „Gutmensch“ ist im Jahr 2011 als zweites Unwort des Jahres charakterisiert worden. Sie sollten sich wirklich überlegen, ob Sie die Ehrenamtlichen in diesem Bereich mit einem solchen Begriff beschweren.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Lassen Sie mich noch kurz etwas sagen: Die Zusammenarbeit mit Israel hat für uns ein ganz großes Gewicht. Aber auch die Zusammenarbeit mit den palästinensischen Gebieten ist uns wichtig, weil wir

dort mithelfen wollen, die Staatswerdung und die gesellschaftliche Weiterentwicklung voranzubringen.

Ganz zum Schluss: Gerade eben habe ich mit dem Generalkonsul der Vereinigten Staaten gesprochen und habe ihm noch einmal versichert, dass wir nicht nur großen Wert auf die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten legen, sondern auch das Amerika Haus weiter unterstützen werden. Allerdings, lieber Herr Ellerbrock, hat die Vorgängerregierung festgelegt, dass wir eine degressive Unterstützung vornehmen werden. Wir sind eingetreten für die bisherige Finanzierung des Auswärtigen Amtes der Vereinigten Staaten, und wir wollen mithelfen, dass jetzt mit privaten Partnern diese Arbeit fortgesetzt wird.

Erlauben Sie mir aber an dieser Stelle dem amerikanischen Volk auch einen herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl von Präsident Obama auszusprechen und auch alles Gute für die kommende Amtszeit zu wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich finde, dass das eine gute Perspektive ist, nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern auch weltweit und damit auch für uns in Europa, in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen. Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die Landesregierung hat gerade ihre Redezeit um gut eine Minute überzogen. Gibt es weitere Wortmeldungen vonseiten der Fraktionen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind wir am Ende des Abschnittes „Europa und Eine Welt“.

Ich rufe nun auf den

Teilbereich Medien

und erteile dem Abgeordneten Schick für die CDU-Fraktion das Wort.

(Beifall von der CDU)

Thorsten Schick (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie lassen keine Gelegenheit aus, um das besondere Gewicht des Medienstandortes Nordrhein-Westfalen herauszustreichen. Dieser Einschätzung kann ich mich ausdrücklich anschließen.

Aus diesem Grund bin ich allerdings mehr als enttäuscht, wenn ich die Agenda betrachte, die Sie in den kommenden Monaten in Angriff nehmen wollen. Bis auf einige Symbolprojekte herrscht weitgehende Taten- und Sprachlosigkeit, die weit über die Zahlen des vorgelegten Haushaltsplanes hinausgehen.

Das ist umso schlimmer, weil Ihr Haus, verehrte Frau Ministerin, sich über Moderation bei bestimmten Prozessen auszeichnet, weil an vielen Stellen – das sei zugestanden – direkte Eingriffsmöglichkeiten fehlen. Das entbindet Sie aber nicht der Pflicht, zumindest mit Ideen Prozesse anzuschieben. Diese Aufgabe vernachlässigen Sie aber sträflich. Aus meiner Sicht sind Sie ein medienpolitisches U-Boot, das abtaucht und mit dem Periskop beobachtet, was über Wasser und an Land passiert.

(Beifall von der CDU)

Einzig ein paar Luftblasen in Form von angekündigten Gesetzgebungsvorhaben tauchen an der Oberfläche auf.

Das lässt sich auch anhand einiger Beispiele überschriftenartig verdeutlichen: Funkstille beim Thema „Radio“. Dabei ist das gute alte Radio immer noch das Medium, das nach dem Fernsehen am intensivsten genutzt wird. Im Augenblick werden wieder einmal Schritte zur Digitalisierung des Radios vorgenommen, doch weder zur Einführung von DAB-plus noch zur Vergabe der freigewordenen UKW-Frequenzen haben Sie bislang klar Stellung bezogen. Die Prozesse plätschern vor sich hin, weil Schwung und Rückenwind aus Ihrem Hause fehlen.

(Beifall von der CDU)

Viele Überschriften, wenig Inhalte. Wir sind beim Thema „Zeitung“. Immer wieder wird von Ihnen in Sonntagsreden die Bedeutung der Zeitungslandschaft für Nordrhein-Westfalen herausgestrichen. Was fällt Ihnen dann unter der Woche ein? – Außer der Unterstützung von Bildungsmaßnahmen für Lokaljournalisten habe ich bislang wenig gehört. Die Initiative wird kaum reichen, um Auflagenverluste auch nur ein wenig aufzufangen. Doch nicht nur die große Idee fehlt, auch im Kleinen hakt es. Gerne haben sich Vertreter der Landesregierung beim Fototermin zum Start des Projektes „ZeitungsZeit“ ablichten lassen. Doch nach einem Organisationswechsel läuft das Projekt im Augenblick nur schleppend. Auch da wäre eine Moderation aus Ihrem Hause sicherlich angezeigt.

Die nächste Überschrift: Lange Leitung beim Thema „Internet“. – Medienkompetenz ist Ihr großes Thema. Aber nicht alle Haushalte in NRW haben auch die Möglichkeit, das Internet in akzeptabler Geschwindigkeit zu nutzen. Sie möchten NRW zum Medienkompetenzland Nummer eins machen. Wichtig wäre, Nordrhein-Westfalen aber auch zum Mediennutzungsland Nummer eins zu entwickeln; doch auch da stockt es. Es gibt immer noch weiße Flecken. Rund 20 % der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen müssen mit Übertragungsgeschwindigkeiten von unter 16 MB zufrieden sein. Dabei gibt es neue Entwicklungen. LTE sei hier nur angesprochen. Gerade die großen Mobilfunknetzbetreiber sitzen in Nordrhein-Westfalen. Sie haben

die entsprechende Nähe, um dort Prozesse in Gang zu setzen.

Aber der LTE-Ausbau an der niederländischen Grenze stockt, weil angeblich Frequenzen kollidieren. Wenn ein Ministerium hier Möglichkeiten hätte, diesen Prozess zu begleiten, dann doch Ihr Ministerium.

Das letzte Beispiel möchte ich mit „Medienstandort abgetaucht“ überschreiben. Weit über Nordrhein-Westfalen hinaus hat das Medienforum eine ganz, ganz große Bedeutung für die Medienlandschaft in Deutschland. Aber während die Konkurrenzveranstaltungen, die Münchener Medientage oder die Medienwoche Berlin-Brandenburg in den Kalendern der politischen und medienpolitischen Entscheidungsträger vermerkt sind, fehlt hier das Datum für die entsprechende Veranstaltung in Nordrhein-Westfalen für das Medienforum NRW. Auch da besteht entsprechender Handlungsbedarf.

Fazit: Dem Medienhaushalt werden wir nicht zustimmen. Die Fakten sind bekannt. Das Haushaltsjahr ist zu fünf Sechsteln verstrichen. Die Mittel sind weitgehend verausgabt. Und damit ist das Parlament seinem Budgetrecht auch in diesem Bereich beraubt.

Außerdem entwickeln sich Medienschaffende und die Medienpolitik auseinander. Medienschaffende stehen in Nordrhein-Westfalen für Ideenreichtum, für Kreativität und Mut. Ihre Politik zeichnet sich durch Ideenlosigkeit und Mutlosigkeit aus. Ein Nein zum Haushalt ist daher folgerichtig.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schick. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Vogt.

Alexander Vogt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schick, ich habe ein bisschen den Eindruck, dass wir in unterschiedlichen Bundesländern leben. NRW ist in den Bereichen Medien und Kommunikation gut aufgestellt. Wir haben mehr als 65.000 Unternehmen, die wichtige und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. NRW ist auch deutschlandweit der umsatzstärkste Standort.

Der internationale Wettbewerb in einzelnen Bereichen nimmt aber zu. Darum werden gute Rahmenbedingungen für Medienunternehmen immer wichtiger.

Eine Rahmenbedingung betrifft die Förderung von Kreativität. Wir haben mit der neu ausgerichteten Film- und Medienstiftung ein Förderinstrument geschaffen, das nicht nur Kino- und TV-Produktionen unterstützt, sondern auch den immer stärker werdenden Games-Bereich. Die ersten Projekte hier sind sehr vielversprechend. Die Neuausrichtung der Stiftung ist richtig. Schon jetzt macht die Computer-

spielbranche mehr als 2 Milliarden € Umsatz im Jahr.

Aber auch die Filmförderung kann sich sehen lassen. Insbesondere bei den TV-Produktionen ist NRW Nummer eins. Ein Drittel aller TV-Minuten kommt aus NRW.

Neben vielen erfolgreichen Filmen präsentiert auch das Medienforum unser Land und bietet die Möglichkeit, aktuelle politische Themen zu diskutieren. Das wird auch in den nächsten Jahren fortgesetzt.

Eine weitere Bedingung für ein starkes Medienland NRW sind gut aufgestellte Verlage, die die ökonomische Grundlage für unabhängige Journalistinnen und Journalisten bieten. Der Zeitungsmarkt in NRW ist noch immer sehr vielfältig aufgestellt. Zeitungen sind wichtig und sie werden verstärkt online gelesen. Gleichzeitig gehen jedoch die Auflagen der Printzeitungen in vielen Bereichen zurück.

Die Sicherstellung insbesondere von Lokaljournalismus ist eine Aufgabe zukünftiger Politik. Hierzu soll in NRW eine Stiftung mit dem Titel „Vielfalt und Partizipation“ beitragen. Erste Gespräche über die Entwicklung einer solchen, natürlich staatsfern organisierten Stiftung laufen bereits. Eine Stärkung des lokalen Journalismus heißt gleichzeitig eine Stärkung der Demokratie vor Ort.

Wenn wir auf den Rundfunk blicken, können wir sehen, dass sich das duale Rundfunksystem über Jahre bewährt hat. Die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Sender wurde durch das neue Beitragsmodell auf eine zeitgemäße Grundlage gestellt. Die Regelung, dass nach sieben Tagen Online-Inhalte der öffentlich-rechtlichen Sender gelöscht werden müssen, ist für viele künftige Beitragszahler nicht nachvollziehbar. Diese Regelung muss geändert werden.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Gremien stärken, die die Arbeit der öffentlich-rechtlichen Sender beaufsichtigen. Wir wollen also beim WDR den Rundfunkrat und den Verwaltungsrat unabhängiger machen. Ähnliches gilt für die Medienkommission bei der Landesanstalt für Medien.

Die weiter voranschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft bietet beides, Chancen und Risiken. Die Auswirkungen auf unsere Gesellschaft wissenschaftlich und unabhängig zu diskutieren, soll verstärkt in NRW stattfinden. Das Grimme-Institut soll zukünftig zu einem Diskursforum für die digitale Gesellschaft weiterentwickelt werden.

Die Chancen der Digitalisierung zu nutzen heißt für uns auch im Sinne von Open Government, mehr Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern zuzulassen und mehr Informationen und Daten der Verwaltung frei zur Verfügung zu stellen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der NRW-Medienpolitik ist die Medienkompetenz. Kindern und Jugendlichen den sicheren und kritischen Umgang mit Medien beizubringen, ist hierbei das Ziel. Insbesondere bei der Nutzung der neuen Medien sollen Kinder lernen, die Chancen zu nutzen und die Risiken zu minimieren.

Wir haben in NRW den Medienpass auf den Weg gebracht – mit Erfolg. Bereits jetzt wollen sich 835 Schulen in den Klassen 3 und 4 beteiligen. Wir wollen diese Medienkompetenzförderung auf weiterführende Schulen ausweiten. Diese Kompetenzvermittlung ist uns wichtig. Nur über die Schulen können wir auch wirklich die Kinder erreichen, die von zu Hause eben nicht die Möglichkeit haben, den Umgang mit Medien zu erlernen.

Auch die Landesanstalt für Medien arbeitet bei der Vermittlung von Medienkompetenz schon vorbildlich. Die LfM bietet jetzt schon eine Fülle von Unterstützungsleistungen für Kindergärten und Schulen an. Diese Aufgabe hier weiter zu konzentrieren ist sinnvoll.

Der Tag der Medienkompetenz hier im Landtag, der fraktionsübergreifend beschlossen wurde und der Ende dieses Monats stattfinden wird, zeigt, dass das Thema in NRW ernst genommen wird.

Meine Damen und Herren, NRW ist im Medienbereich gut aufgestellt. Wir wollen Kreativität weiter fördern, die Vielfalt unserer Medienlandschaft sichern und die Medienkompetenz insbesondere von Kindern und Jugendlichen stärken.

Mit dem Haushalt und unseren Vorhaben legen wir hierfür die richtige Grundlage. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Nückel.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Mediennutzer an den Empfangsgeräten da draußen! Kaum ein Bereich hat so viel mit Kommunikation zu tun, aber in NRW wird charmant an den Problemen vorbeigeredet. Dafür feiert sich die Koalition – das haben wir gerade gehört – mit Dingen, die nicht einmal so richtig auf ihrem Mist gewachsen sind. Klar: Wer würde etwas gegen Medienkompetenz sagen, gegen den Medienpass? Da gibt es natürlich viele Akteure, die daran mitgewirkt haben. Sie haben sich dann auch noch in diesem Bereich wieder Hilfe von außen geholt. Ich glaube, 65.000 allein für externe Konzeptionen, okay.

Der Medienpass ist eine wichtige und gute Sache. Trotzdem: Bei der Umsetzung gibt es, glaube ich, doch Probleme. Sind die Zahlen wirklich so gut, wie

Sie sie werten? Wie ist es mit den Lehrern, die sich zunehmend auch darüber beklagen, dass sie sich nicht ausreichend qualifiziert fühlen? Da hilft dann auch der Materialschwall nicht, den Sie denen zuschicken. Trotzdem wünsche ich dem Projekt Medienpass viel Erfolg.

Die sprachlichen Sättigungsbeilagen rund um das Thema „Medienkompetenz“, das Sie immer gerne bringen, erwecken aber doch immer den Eindruck, dass Sie in den Medien nur Gefahren sehen. Es liegen aber auch viele Chancen in diesem Bereich. Rot-Grün würde – so ist mein Eindruck – gerne ständig den Gefällt-mir-nicht-Button drücken, wenn es ihn gäbe.

Das liegt aber auch vielleicht daran, dass zweieinhalb Jahre hinter uns liegen, in denen im Grunde die Landesregierung durch medienpolitische Untätigkeit auffiel und deshalb NRW als Medienland in Deutschland auch keine besondere Ausstrahlung hat. Da fällt ja eher Kurt Beck in Mainz mehr auf.

Zur Entwicklung der Medienbranche in NRW hat die Landesregierung scheinbar wenig zu sagen. In Reden wird zwar immer wieder die Medienkonvergenz beschworen, aber irgendwie macht die NRW-Medienpolitik den Eindruck, als sei sie davon überrascht worden. Das ist dann der „Surprised-Button“.

Die AGFAs dieser Welt – Amazon, Google, Facebook und Apple – greifen natürlich die traditionellen Anbieter an. Die Medien in unserem Land aber unter analoger Philosophie stark reguliert. Dieser Philosophie der kleinteiligen Regulierung fühlen sich die verantwortlichen Medienpolitiker der Landesregierung verbunden. Da wird beispielsweise die Existenz kleiner Lokal-TV-Pflänzchen zum Anlass genommen, sich über ein Übermaß an Meinungsmacht zu sorgen; aber schon allein die Existenz dieser kleinen Sender ist eigentlich ein Zugewinn an Vielfalt im lokalen Fernsehmarkt. Den Verlegern gebührt eigentlich Dank für ihr Engagement.

(Beifall von der FDP)

Derweil feiert sich die Landesregierung in Pressemitteilungen, beispielsweise damit, dass sie sagt: NRW ist TV-Filmland Nummer eins. Das steht in einer Studie. Die Studie aber handelt von 2009 und 2010, war also eher ein Erfolg der schwarz-gelben Regierung. Das hat allerdings auch die Union in der letzten Ausschusssitzung in ihrer Bescheidenheit zunächst nicht recht bemerkt.

Medienpolitik ist Standortpolitik. Da kann man sich nicht darauf ausruhen, dass es zwei große TV-Riesen in Köln gibt. Die Lage der unabhängigen Produzenten auch in NRW ist, was den Vergleich mit der zunehmenden Anzahl der Tochterfirmen der Öffentlich-Rechtlichen angeht, sehr schwierig. Preisdumping und nicht transparente Auftragsvergabe sind die Vorwürfe aus der Szene. Wo bleibt da die Moderation der Landesregierung?

Bei den Problemen Versorgung mit LTE – der Kollege Schick hat es gerade gesagt – nicht nur in Grenzgebieten, mit schnellem Internet in städtischen Randlagen und selbst in Ballungsräumen – Herr Vogt, Ihr Wahlkreis lässt grüßen – taucht die Landesregierung ab.

(Beifall von der FDP)

Was haben die aktuellen Medienprobleme mit dem Haushalt zu tun? Eben leider nicht viel. Hohe Ansätze für Beratung und Sachverständige zeigen: Es reicht nicht, sich Ideen einfach nur erkaufen zu wollen. Klar, es ist müßig, heute über etwas zu reden, was schon ausgegeben wurde.

Immerhin aber kennen wir – das ist der Vorteil – das Ergebnis, und das ist mäßig. Beispiel sind die Kosten für das NRW-Medienforum im letzten Juni. Ausgestaltung und Relevanz kann man schon kritisch hinterfragen. Macht es Sinn, so viel Geld in den Ausbau von Gipswänden zu investieren? Wie lieblos Sie mit dem Thema „Medienforum NRW“ umgehen, wurde bei den Münchener Medientagen besonders peinlich deutlich. Alle Medienveranstaltungen in Deutschland 2013 sind terminiert, nur – Herr Schick hat es gerade auch angedeutet – für das Medienforum NRW, das eigentlich traditionell im ersten Halbjahr stattfindet, gibt es noch keinen Termin. Langfristige Planung sieht anders aus.

(Beifall von der FDP)

Ein anderer Bereich: Film wird vielfach mehr als Games gefördert. Dabei ist die Games-Industrie einer der am schnellsten wachsenden Branchen. Die Förderung ist zwar für die erfolgreichen Unternehmen nicht notwendig, aber wir brauchen schon lange gezielte Maßnahmen im Bereich Ausbildung, wovon nicht nur Start-ups profitieren würden. Auf dem Games-Kongress in Köln im Sommer wurde beklagt, es drohe, dass es für die Themen „Gestaltung“, „Design“ und „narrative Modelle“ hierzulande zu wenig Entwickler geben werde. Das kann den Standort NRW sehr gefährden. Wir haben seit 2010 schon viele Ankündigungen von rot-grünen Medienpolitikern gehört, was man so anpacken will. Netzpolitik und Medien kamen leider schon in der Regierungserklärung im September nicht konkret vor. Konkret wird ab 1. Januar für die Gebührenzahler die Medienabgabe.

Verwundert hat mich in diesem Zusammenhang der kleine Hilferufbrief von Herrn Eumann an die Intendantin des WDR, den Frischlingen im Landtag doch einmal zu erklären, wieso und warum. Die Intendantin wird sich höchstwahrscheinlich gefragt haben: Warum soll ich jetzt auch noch den Job des Staatssekretärs mit übernehmen?

(Beifall von der FDP)

Sie merken: Es regt sich Unmut. Wir wissen, was wir den Bürgern auf die vielen Briefe antworten müssen. Die beschwerten sich nämlich genau über

die Ungerechtigkeiten bzw. Punkte, die wir Ihnen eigentlich schon vor der Ratifizierung vorgelegt hatten: die Doppelbelastung für Zuschauer, die Mehrbelastung für viele Unternehmen und natürlich der weitreichende Datenabgleich sowie weitere angekündigte Datenerhebungen. Das erzürnt nicht nur die Datenschützer. Sie wollten die Argumente damals nicht zur Kenntnis nehmen. Jetzt müssen Sie eben Briefe schreiben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist eine Haushaltsberatung zur zweiten Lesung des Haushaltes 2012 und damit eine, die uns alle vor die Frage stellt: Was können wir denn im Haushalt eigentlich noch diskutieren? Wir sind uns hier in diesem Hohen Hause einig darüber, dass dies, bedingt durch die besonderen historischen Umstände, die das Land Nordrhein-Westfalen in 2012 erlebt hat, auch eine besondere haushalterische Situation ist. Der Haushalt ist zu gut 11/12 bereits verausgabt. Wir haben eine Situation, in der wir jetzt hier als Parlament dafür sorgen müssen, dass das Ganze innerhalb des Jahres auch einem Haushaltsgesetz folgt. Dieses zu verabschieden, stehen wir heute hier zusammen und diskutieren darüber.

Ich habe mit Interesse gehört, Herr Kollege Nückel und andere, was Sie zu kritisieren haben. Ich finde, gerade im Bereich der Medienpolitik ist es immer besonders schwer, die Dinge so pauschal in eine andere Richtung zu bringen. Es ist, finde ich, schwierig zu sagen: Das alles war in den fünf Jahren, wo wir mehrheitlich eine Regierung gestellt haben, unheimlich toll, und eineinhalb Jahre später ist es dann alles unheimlich schlecht. Das kann nicht sein. Es kann auch nicht sein, dass es vorher alles nicht gab. Als dann Herr Rüttgers fünf Jahre regiert hat, gab es alles, alles war prima, und jetzt gibt es das alles wieder nicht mehr. Diese Art der Betrachtung politischer Zusammenhänge langweilt, glaube ich, die Leute eher,

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

weil sie das Gefühl haben bzw. haben müssen, dass es nicht sein kann, dass innerhalb einer Kontinuität von Regierungen, die sich zum Teil – jedenfalls für die Leute von außen betrachtet – gar nicht so stark unterscheiden, plötzlich das eine so furchtbar und das andere dann wieder so toll gewesen sein soll.

(Christian Lindner [FDP]: Das gilt aber auch umgekehrt!)

– Oh, er ist da! Guten Morgen, Herr Lindner! Schön. Sie haben recht. Es gilt umgekehrt auch.

(Christian Lindner [FDP]: Ich bin zwei Stunden da, wie lange Sie?)

– Es gilt umgekehrt auch. Wenn Sie eine Frage haben, melden Sie sich bitte einfach noch einmal. – Es ist aber trotzdem wichtig zu sehen, dass eben eine gewisse Kontinuität herrscht. Deshalb bin ich für meine Fraktion hier und sage: Wir sind froh, dass wir auch im Haushalt 2012 mit Blick auf die Medienpolitik Kontinuität zeigen konnten und Entwicklungspotenziale weiterführen, die wir für wichtig halten. Das hat sowohl etwas mit den Fragen der digitalen Entwicklung zu tun als auch mit der Film- und Medienstiftung. Es hat auch etwas mit dem schon vielfach erwähnten und zu Recht gelobtem Medienpass zu tun, und es hat etwas damit zu tun, dass insgesamt die Kooperation sowohl auf der Ebene der Landesanstalt für Medien als auch mit den verschiedenen großen Playern – wie dem Grimme-Institut und anderen – nach wie vor sehr gut läuft.

Das Land ist medienpolitisch gut aufgestellt. Es läuft auch sehr gut. Wir haben über 300.000 Menschen, die in diesem Kreativbereich nach wie vor beschäftigt sind. Und wir haben eine sehr lebendige Film- und Produzentinnenlandschaft, die in Deutschland ihresgleichen sucht. Wir konkurrieren mit Standorten wie Berlin, Hamburg, München und sind da weit vorne weg. Und das soll auch so bleiben.

Insofern sollten wir es nicht schlechterreden, als es ist. Wir brauchen es aber auch nicht gesünder und schöner zu reden, als es ist. Stattdessen sollten wir einen realistischen Blick auf die Dinge werfen. Das wurde auch mit dem Entwurf des Haushalts 2012 so getan.

Ich kann Ihnen sagen: Wir werden dem Haushalt in zweiter, vermutlich sogar in dritter Lesung zustimmen, auch im Medienbereich, mit der Überzeugung, dass wir das, was wir uns vorgenommen haben, was Sie zum Teil auch nachlesen konnten und hier aufgeführt haben, nämlich im Rahmen unserer Koalitionsvereinbarung, Zug um Zug umsetzen werden – wie die Novelle des Landesmediengesetzes, die Novelle des WDR-Gesetzes –, alles in Richtung Open Government und Open Data, so wie wir es zum Teil in Anträgen ins Hohe Haus eingebracht haben.

Die Alarmstimmung etwas herunter, Sachlichkeit in die Debatte bringen und gemeinsam gucken, den Medienstandort nicht durch zu kontroverse Diskussionen über die eigentlich unstrittigen Themen zu gefährden, um die interessante Debatte über den Medienstandort hier im Hohen Hause wie auch an anderen Stellen konstruktiv fortzuführen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf den Rängen, an den Volksempfängern und den neuartigen Rundfunkgeräten.

Nordrhein-Westfalen ist der führende Medien- und Kreativwirtschaftsstandort Deutschlands. Hier sind über 60.000 Unternehmen mit über 350.000 Mitarbeitern angesiedelt. Neben dem Wirtschaftsfaktor sind Medien auch ein zentraler Kulturfaktor unseres Landes. Die digitalen Medien stellen einen ebenso wichtigen Teil unserer Medienlandschaft dar wie Zeitungen, Fernsehen und andere klassische Medien.

Die Bedeutung dieser digitalen Medien steigt ständig. Allein die Software- und Games-Branche ist in Nordrhein-Westfalen seit 2008 um 30 % gewachsen. Der Umsatz dieses Bereiches ist in Nordrhein-Westfalen bereits heute höher als der von Film- und Musikindustrie zusammengekommen. Der Bereich der digitalen Medien ist vor allem auch ein Innovationsmotor, der für positive Effekte in allen anderen Branchen sorgt. Für die Piratenpartei ist dieser Bereich die Quelle der digitalen Revolution, die wir derzeit erleben und die sich auf alle Lebensbereiche ausdehnt.

In diesem Sektor finden sich die Chancen zukünftiger Technologien und Konzepte, aus denen dann Nutzen für alle Menschen und nicht zuletzt auch neue Arbeitsplätze entstehen. Umso wichtiger ist es für uns, dort Vielfalt, Kreativität und Unabhängigkeit zu sichern und zu fördern sowie den Netzausbau voranzutreiben.

Der Medienhaushalt des Landes im Jahre 2012 beträgt rund 21,7 Millionen €. Davon werden 16,6 Millionen € für die Förderung der Film- und Fernsehinfrastruktur ausgegeben. Uns Piraten ist die Schwerpunktsetzung allein auf Film und Fernsehen deutlich zu einseitig.

(Beifall von den PIRATEN)

Zwar wird die Filmstiftung NRW derzeit zu einer Film- und Medienstiftung ausgebaut; bisher hat mir die Ministerin jedoch noch keine Antwort auf meine Frage gegeben, wie sich die finanzielle Förderung von Film- und Medienstiftung NRW in Zukunft auf den Bereich Film sowie die übrigen Medien verteilen wird.

Eines der Hauptprobleme des gesamten Haushaltes ist die mangelnde Transparenz. Große Teile der Haushaltsmittel fließen in Stiftungen, landeseigene Betriebe und Institute, die Förderaufgaben des Landes übernehmen. Wie die Gelder dort tatsächlich ausgegeben werden, ob der Förderzweck erreicht

wird, ob die durchgeführten Evaluationen zu Konsequenzen führen und welche Kriterien für die Förderung überhaupt angelegt werden, bleibt im Dunkeln.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Sie sitzen doch mit in der Stiftung!)

Wir Piraten wünschen uns eine stärkere Förderung der neuen Medien sowie eine Ausweitung des Förderprogramms „innovativer audiovisueller Inhalte“ sowie im Netzausbau.

Ein Kernpunkt der Medienpolitik muss aus Sicht der Piraten die Vermittlung von Medienkompetenz sein. Medienkompetenz umfasst dabei nicht nur die technische Kompetenz, sondern besonders die Medienkritik, also die kritische Bewertung von Inhalten. Ein weiterer wichtiger Teil betrifft die Mediengestaltung, also die Fähigkeit zur kreativen Partizipation an interaktiven Medien.

Hier begrüßen wir die Entscheidung der Landesregierung, einen Schwerpunkt auf die Vermittlung von Medienkompetenz zu legen. Dies soll durch das Grimme-Institut geschehen. Allerdings hat die Landesregierung ihre Pläne noch nicht weiter konkretisiert. Das Netzpferdchen reicht uns da nicht aus.

Ich möchte Sie bitten, Ihre Vorstellungen für die Neuausrichtung des Grimme-Instituts möglichst bald öffentlich zu machen. Wir Piraten sind gerne bereit, uns an diesem Prozess zu beteiligen. Als selbstverständlich sehen wir dabei an, dass der Umgang mit den zugewiesenen Mitteln durch das Grimme-Institut klar und nachvollziehbar gestaltet wird.

Solange die von uns geforderte Transparenz der Institute und Stiftungen nicht besteht, die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel nicht belegt ist und die genauen Pläne der Landesregierung uns nicht bekannt sind, ist der Haushaltsentwurf für uns nicht zustimmungsfähig. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns sicher alle darüber einig, wie wichtig die Medien- und Telekommunikation für unser Land Nordrhein-Westfalen ist. Deswegen verfolgen wir in Kapitel 02 200 – Medien – vor allen Dingen drei Ziele:

Wir wollen Kompetenz vermitteln, Qualität und Vielfalt fördern und den Medienstandort Nordrhein-Westfalen stärken. Herr Nückel, vielleicht können Sie daran schon sehen: Es geht nicht darum, dass

Sie Potemkinsche Dörfer aufbauen, welche Sorgen und Ängste wir mit den neuen Medien verbinden. Nein, es geht darum, dass wir die Chancen dieser neuen Medien nutzen.

Ich will das an drei wichtigen Beispielen deutlich machen: Medienpass NRW, Internetportal zur Medienqualifizierung und Tag der Medienkompetenz.

Dass die moderne Medienwelt unser Leben rasant verändert hat und deswegen die Förderung der Medienkompetenz eine ganz wichtige Bildungsaufgabe ist, wird kaum von jemandem bestritten. Teilhabe setzt heute den selbstbestimmten und kritischen Umgang mit Medien voraus. Das bedeutet die Fähigkeit, Medien zu nutzen, Medieninhalte zu analysieren und zu beurteilen sowie selbst Medieninhalte zu schaffen.

In der Tat geht es nicht darum, darüber zu wehklagen, welche Gefahren mit Medien verbunden sind, sondern dafür zu sorgen, dass junge Menschen selbstbestimmt mit diesen Medien umgehen können. Deswegen initiiere, fördere und unterstütze ich Projekte und Initiativen, die sich an Bürgerinnen und Bürger sowie Multiplikatoren richten. Ein Beispiel ist der Tag der Medienkompetenz im Landtag am 26. November. Gemeinsam wollen wir die Themen „Lernen“, „Vertrauen“ und „Partizipieren“ diskutieren. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich ebenfalls aktiv beteiligen.

Zweites Beispiel: Medienpass NRW. Mit Frau Kollegin Löhrmann war ich gestern in einer Grundschule, und wir konnten dort die Ergebnisse der Pilotphase kennenlernen. Sie wären erstaunt gewesen, mit welchem Engagement und mit welcher Konzentration uns Grundschulkinder ihr Projekt einer Kinderrechte-recherche über das Netz mit einer Präsentation vorgetragen haben. Dort sind wirklich sehr erfolgreich die Qualifikationen erworben worden, die kindgerecht für dieses Alter zu erwerben sind.

Die Rückmeldung der Kolleginnen und Kollegen ist durchaus positiv: Mit dem zur Verfügung gestellten Material kann gut gearbeitet werden. Die Verbreiterung des Projektes zeigt den Erfolg dieser Initiative. Deswegen werden wir es auch auf die Sekundarstufe ausdehnen – zunächst auf die fünften und sechsten Klassen, und dann wird es weitergehen.

Nächstes Beispiel: Internetportal Medienqualifizierung. Dieses Portal soll versierte Fachkräfte an den Standort NRW binden, neuen Talenten den Weg in die Branche ebnen und die Personalentwicklung der Unternehmen unterstützen. Wir wollen transparente, unabhängige und aktuelle Informationen bieten, die in der Medien- und Kommunikationsbranche gebraucht werden.

Meine Damen und Herren, ich nenne weiterhin das Thema „Qualität und Vielfalt fördern“. Denn dabei geht es nicht nur um Kinofilm digitalisierung, sondern dabei geht es vor allen Dingen darum, die Digitalisierung im Medienland über Initiativen voranzubrin-

gen sowie die neuen Unternehmen und Start-ups zu unterstützen, damit sie hier Games, interaktives Fernsehen, Bildungs- und Entertainmentangebote erfolgreich starten können.

Dazu trägt auch die Arbeit der Film- und Medienstiftung bei, die selbstverständlich heute noch 70 % ihrer Mittel in die Filmförderung gibt. Das waren im vergangenen Jahr immerhin 30,5 Millionen €. Sie stellt aber darüber hinaus inzwischen schon Hunderttausende zur Verfügung, um im weiteren Bereich der digitalen Medien Förderungen vornehmen zu können.

Unverzichtbar ist in der Tat das Medienforum. Herr Nückel, ich kann Ihnen heute mitteilen: Am 5. Juni 2013 wird erneut das Medienforum stattfinden, und es werden sich sicherlich wieder zahlreiche Fachexperten aus dem In- und Ausland treffen, um sich dort auszutauschen und neue Initiativen in den Medienmarkt zu geben.

Herr Präsident, erlauben Sie mir, zum Abschluss dieser Debatte noch ein kleines Resümee zu ziehen. Ich habe aus dieser Debatte die Schlussfolgerung gezogen, dass es über alle richtigen und wichtigen Dissenspunkte hinaus, die wir haben, eine Bereitschaft gibt, heute das Haushaltsgesetz 2012 zu verabschieden. Das tut den Leistungsempfängerinnen und -empfängern im Lande gut, das tut dem Ansehen unserer Arbeit bei den Bürgerinnen und Bürgern gut, und – viel wichtiger – das ist notwendig für eine gedeihliche Entwicklung unseres schönen Landes Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um eine Minute überzogen. Ich teile das mit, mir liegen aber keine weiteren Wortmeldungen vor. – Damit ist auch die Beratung zum Teilbereich Medien abgeschlossen. Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1202** die unveränderte Annahme des Einzelplans 02. Zu diesem ist für alle Teilbereiche der heutigen Beratung Einzelabstimmung von der Fraktion der Piraten beantragt worden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt jetzt fünf Abstimmungen. Wir haben viermal eine Einzelabstimmung zu den einzelnen Teilbereichen des Einzelplans 02, und wir führen danach eine Gesamtabstimmung durch.

Wir kommen nun zur Einzelabstimmung über den **Teilbereich „Ministerpräsidentin und Staatskanzlei“**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem

nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Teilbereich mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Piraten **angenommen**.

Wir kommen zweitens zur Einzelabstimmung über den **Teilbereich „Landesplanung“**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Teilbereich mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **angenommen** worden.

Wir kommen drittens zur Einzelabstimmung über den **Teilbereich „Europa und Eine Welt“**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Teilbereich mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **angenommen** worden.

Ich rufe viertens die Einzelabstimmung für den **Teilbereich „Medien“** des Einzelplanes 02 auf. Wer kann dem seine Zustimmung geben? – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Teilbereich mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piraten **angenommen**.

Ich rufe nunmehr auf die Gesamtabstimmung über den Einzelplan 02. Wer dem Einzelplan 02 seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Einzelplan 02 hat eine Mehrheit mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piraten gefunden. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1202 angenommen** und der **Einzelplan 02** heute **verabschiedet** worden.

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 14
Ministerium für Wirtschaft, Energie,
Industrie, Mittelstand und Handwerk**

und zwar zunächst den

**Teilbereich
Wirtschaft, Industrie,
Mittelstand und Handwerk**

Ich gebe den Hinweis auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/1214 zum Einzelplan 14.